GRÜN KOMMUNIZIERT

Tipps für eine verständliche und wirkungsvolle Sprache

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Welt wird komplizierter und damit auch die politischen Lösungen. Gleichzeitig steigt die Notwendigkeit, **GRÜNE** Politik überzeugend zu kommunizieren. Kommunikation findet auf verschiedenen Ebenen statt. Nicht immer kommt das an, was wir sagen wollen. Mit den richtigen Formulierungen können wir unsere Themen zielgerichteter und effizienter vermitteln. Es ist deshalb wichtig, sich bewusst zu machen, wie Kommunikation funktioniert und was gute Formulierungen sind.
Diese Broschüre zeigt beispielhaft an wesentlichen **GRÜNEN** Politikbereichen, wie wir überzeugend und verständlich über **GRÜNE** Politik sprechen können.
Mir geht es darum, Euch ein solides Handwerkszeug für klare und gute **GRÜNE** Kommunikation zur Verfügung zu stellen, an dem Ihr Euch bei Diskussionen, Reden oder Auftritten orientieren könnt. Klar ist: Man kann nicht immer alles umsetzen, aber es hilft schon viel, wenn wir alle Sprache bewusster einsetzen. Dazu will ich Euch ermuntern.

Meldet mir gerne Eure Erfahrung damit zurück, so dass wir gemeinsam die Kommunikation unserer Inhalte weiterentwickeln können. Nur so werden wir gemeinsam noch besser und können noch mehr Menschen für **GRÜNE** Politik gewinnen. Ich wünsche Euch viel Spaß beim Streiten für **GRÜNE** Inhalte!

Euer Michael Kellner
Politischer Bundesgeschäftsführer

Impressum

Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundesverband, vertreten durch
Michael Kellner, Politischer Bundesgeschäftsführer, wahlkampf@gruene.de

Redaktion: Robert Heinrich, Wahlkampfmanager (V.i.S.d.P.)

Konzeption und Gestaltung: edeos – digital education GmbH
Sophie Schäfer, Javier Benítez, Jan Künzl

Einführung
Fünf Regeln für gute **GRÜNE** Kommunikation — Seite 06

Landwirtschaft — Seite 11

Klima / Energie — Seite 17

Flucht, Einwanderung, Integration — Seite 25

Gerechtigkeit — Seite 35

Wirtschaft — Seite 43

Europa — Seite 51

Fünf Regeln für gute GRÜNE Kommunikation

1. Werte und Ziele nach vorne!

Wir sind eine Partei mit 1000 guten Ideen. Das ist unsere große Stärke. Politik muss aber nicht nur erklären, was sie tut, sondern auch, warum sie das macht und was sie sich zum Ziel setzt. Zwei Beispiele:

Warum wollen wir raus aus der Kohle? Weil wir die Klimaerhitzung stoppen wollen. Welche Werte liegen diesem Ziel zu Grunde? Unsere Verantwortung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt zu übergeben.

Was ist das Ziel der Bürgerversicherung? Alle sollen eine gute medizinische Versorgung bekommen, unabhängig vom Geldbeutel. Und warum tun wir das? Weil wir glauben, dass jede und jeder das gleiche Recht auf Gesundheit hat.

Gerade weil uns selbst die Ziele und Werte unserer **GRÜNEN** Politik meist so klar sind, vergessen wir oft, sie zu vermitteln. Deshalb haben wir in diesem Buch die Ziele und Werte unserer Themen in den Mittelpunkt gestellt. Natürlich müssen wir auch sagen, wie wir unsere Ziele erreichen wollen, sonst bleiben wir unkonkret. Wir schlagen als Faustregel folgenden Dreiklang vor:

- **Was wollen wir erreichen? (unser Ziel, unsere Visionen)**
- **Warum wollen wir dies überhaupt? Welcher Wert liegt zu Grunde? (unser GRÜNER Grundwert, was wird dadurch besser?)**
- **Wie und mit welchen Maßnahmen können wir dieses Ziel erreichen? (unser Projekt)**

2. In Kernbotschaften denken

Gerade im Wahlkampf müssen wir unser Programm zu knappen und überzeugenden Botschaften verdichten. Eine Botschaft besteht aus drei bis fünf Sätzen, mit denen wir die Frage beantworten: Warum diesmal **GRÜN** wählen? Sie verbindet die **GRÜNE** Politik mit den Interessen der Wählerinnen und Wähler und grenzt sie von der Politik der anderen Parteien ab. Im Bundestagswahlkampf sind dies die zentralen Sätze:

JETZT muss sich vieles ändern, damit wir auch morgen gut leben können! Darum GRÜN:

- **Weil Klimaschutz JETZT dringend angegangen werden muss. Morgen wird es zu spät sein.**
- **Weil Demokratie, Gleichberechtigung und Europa JETZT verteidigt werden müssen.**
- **Weil die große Aufgabe der Integration JETZT angepackt werden muss.**
- **Weil wir JETZT gegen Armut und Ungleichheit vorgehen müssen.**

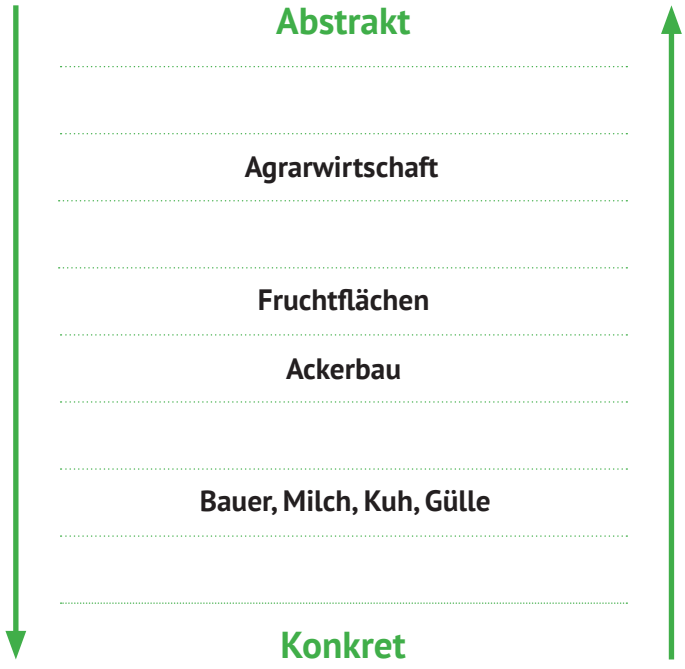
Sendet diese Botschaften bis zum Wahltag konsequent über alle Kanäle. Faustregel: Erst wenn Ihr sie gefühlt nicht mehr hören könnt, bekommen sie die ersten Wählerinnen und Wähler mit.

3. Verständlich sprechen

Politik neigt zu abstrakten Begriffen (Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Strukturen, Prozesse) und zu Fachchinesisch (Beitragsbemessungsgrenze, Kapazitätsmärkte). Um das zu durchbrechen, hilft Euch das Konzept der sogenannten „Basic-Level-Sprache".
Eine Basic-Level-Sprache ist anschaulich und eingängig. Sie bleibt leicht im Gedächtnis haften. Sie ist einfach zu verarbeiten, weil sie unmittelbar mit Gefühlen und Handlungen verknüpft ist und damit auch sinnlich wahrgenommen wird. Ein Beispiel: Wir können von Ökologie sprechen, aber eben auch von Erde, Wasser und Luft.
Test: Schau Dir einen politischen Text an und stelle Dir folgende Fragen zu einzelnen Wörtern, die dort auftauchen:

- Habe ich sie mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört?
- Habe ich sie angefasst oder könnte ich das tun?
- Habe ich sie gerochen oder geschmeckt?
- Kann ich einen Stift nehmen und ein Bild davon malen; eine einfache Strichzeichnung, die Leute erkennen würden?

Wenn Du keine dieser Fragen mit „Ja" beantworten kannst, findet sich in dem Text keine Basic-Level-Sprache. Ein guter politischer Text oder eine Rede mischen aber abstrakte politische Begriffe mit Begriffen aus der Alltagssprache und sprechen Emotionen an. Das bedeutet: In einer guten Rede klettert Ihr auf der „Stufe der Abstraktion" rauf und runter. Dadurch werden die **GRÜNEN** Visionen und Werte sichtbar und unsere Politik anschaulich und verständlich.



4. Die richtigen Begriffe verwenden

Die Auswahl der Worte und Metaphern bestimmt, wie wir über Sachverhalte denken. Wir wissen aus der Kognitions- und Hirnforschung: Denken geschieht größtenteils unbewusst.
Das Gehirn bewertet Fakten eingebettet in Deutungsrahmen, Frames genannt. Frames organisieren unser Wissen und unsere Sprache. Die meisten der von unseren Gehirnen genutzten Frames sind durch Metaphern strukturiert. Wir sprechen von „Steueroasen", den „starken Schultern", der „Festung Europa".
Dabei können Fakten immer innerhalb unterschiedlicher Frames begreifbar gemacht werden. Das hat erhebliche Folgen.
Ein Beispiel: Der Begriff „Steuerflüchtling" kann im Gehirn das Bild eines Menschen aufrufen, der Schutz bedarf. Tatsächlich geht es hier aber um Menschen, die sich der Verantwortung für das Gemeinwohl entziehen. Also warum sagen wir nicht einfach, wie es ist und reden von „Steuerbetrügern"?

In den ersten Stunden nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sprach die republikanisch geführte Regierung von „Verbrechen", „Opfern" und „Tätern" – und davon, die „Täter zu bestrafen" und „Gerechtigkeit walten zu lassen".
Nach kurzer Zeit jedoch sprach dieselbe Regierung nur noch von „Verlusten", von „Feinden" und „Kampfmaßnahmen". Die Sprache bestimmt, wie wir denken: Bei „Verbrechen" und „Opfern" greift die Kausalkette: Polizei – Justiz – Klage – Verteidigung – Verhandlung – Urteil. Alles auf der Basis eines demokratischen Rechtsstaats.
„Verluste" und „Feinde" sind dagegen kriegerische Frames. Hier gibt es keine Verhandlungen, Anwälte und Geschworenen. Im Krieg kämpfen Soldatinnen und Soldaten. Dadurch, dass sich die Regierung sprachlich und metaphorisch auf den Krieg eingelassen hat und Medien und Öffentlichkeit dies übernommen haben, wurden Überwachungsgesetze, Guantanamo und der Irak-Krieg mit ermöglicht.
Oft machen insbesondere politisch linke Kräfte den Fehler, sich in den Frames des politischen Gegners zu bewegen und sei es nur, um diese zu verneinen. „Denk nicht an einen Elefanten" ist dabei ein vielzitiertes Beispiel. Wenn wir diesen Satz aussprechen, haben die Zuhörerinnen und Zuhörer überhaupt keine andere Chance, als sich einen solchen Dickhäuter vorzustellen. Auch ein verneinter Frame wird also im Kopf der Zuhörer aktiviert. Aufgabe unserer Kommunikation ist, dass unsere Zuhörerinnen und Zuhörer in Frames denken, die unsere politischen Werte transportieren und nicht die der anderen.
Bleiben wir beim Beispiel des 11. Septembers: Die Republikaner sprachen vom „Krieg gegen den Terror", was die Demokraten übernahmen. Emotionen übertrumpfen oft den Verstand, deshalb funktionieren Aussagen wie „Wir kritisieren diesen Krieg gegen den Terror" nicht. Im Gegenteil: Indem man die Frames des politischen Gegners übernimmt, stärkt man diese sogar.
Auch in der deutschen Politik haben wir es permanent mit Frames zu tun. Debatten werden geführt über „Steuerflüchtlinge" statt „Steuerbetrüger". Wir sprechen von „Klimaerwärmung" statt von „Klimaerhitzung", obwohl doch der Begriff „Wärme" bei den meisten Menschen positive Emotionen hervorruft. Medien berichten über „Asylbewerber" und erwecken damit den Eindruck, als sei ein Asylverfahren eine Bestenauslese, bei der am Ende nur eine oder einer den Job bekommen kann.
Auch vor Ort gibt es prägnante Beispiele: Nehmen wir einen fiktiven kommunalen Wahlkampf: CDU und SPD stellen je einen Bürgermeisterkandidaten und Ihr stellt Eure eigene **GRÜNE** Kandidatin auf. In der Regel geht man davon aus, dass **GRÜNE** Kandidaten sich nicht durchsetzen können und oft nicht einmal

die Stichwahl erreichen. Ihr wollt dem jetzt begegnen und kommuniziert: „Aus dem Zweikampf einen Dreikampf machen".
Was tut Ihr genau in diesem Moment? Ihr bestätigt, dass Eure Kandidatin chancenlos ist und verfestigt diesen Frame in der Öffentlichkeit. Durch „Zweikampf" gesteht Ihr ein, dass Euer Kandidat bei dieser Wahl keine große Rolle spielt. Ihr stützt die Kandidatinnen von CDU und SPD und schwächt Euch selbst – obwohl Ihr das Gegenteil erreichen wolltet.
Alternativen zu einer solchen Kommunikation findet ihr auf den folgenden Seiten. Hinterfragt Eure Sprache! Nutzt Sprache und Metaphern sehr bewusst!

5. Dafür oder Dagegen?

Sind wir eine „Dagegen-Partei", wie uns der politische Gegner vorwirft? Wir sind gegen Atomkraft, Klimakiller, Tierquälerei und gegen Nazis. Gegen Bevormundung und Überwachung. Gegen Krieg, Folter, Hunger… Gleichzeitig sind wir aber für natürliche Energie aus Sonne und Wind, für artgerechte Tierhaltung, eine umweltfreundliche Wirtschaft. Für Freiheit und Bürgerrechte… Wer FÜR etwas ist, ist immer auch GEGEN etwas. Wer etwas erreichen will, muss Hindernisse überwinden. Deshalb ist der Frame „Dagegen-Partei" ein Werkzeug des politischen Gegners, den wir selbstbewusst zurückweisen können. Wichtig ist: Wir sollten immer sagen, wohin wir wollen und was wir dafür überwinden müssen. Daraus entsteht starke, kampagnenfähige Kommunikation. Und den Vorwurf der „Dagegen-Partei" können wir so ganz locker kontern – ohne den fatalen Satz „Wir sind keine Dagegen-Partei" zu sagen, der genau diesen Frame aktiviert.
Ähnlich verhält es sich übrigens mit dem Angriff „Verbotspartei". Politik hat die Aufgabe, den Rahmen für gesellschaftliches Zusammenleben zu setzen und gleichzeitig die Freiheit des Einzelnen zu schützen. Dafür braucht es Regeln. Diese Regeln beinhalten zwangsläufig auch Verbote. Jede Partei hat sie: Die **GRÜNEN** wollen zum Beispiel Tierquälerei verbieten. Die CSU hingegen will zum Beispiel syrischen Flüchtlingen verbieten, ihr Kinder nachzuholen.

Regeln für einen guten Schreibstil:

1. **Wertende Adjektive weglassen**
(dramatische Entwicklung, zentrales Element, unabdingbare Voraussetzung)

2. **Beschreibende Adjektive nutzen**
(klirrende Kälte, sengende Hitze, rasende Eile)

3. **Kurz fassen** (9 Wörter pro Satz ist Richtschnur bei dpa)

4. **Passive Konstruktionen vermeiden, aktive Konstruktionen nutzen**
(Nicht: Dieses Ziel wird von uns in den Mittelpunkt gestellt, sondern: Dieses Ziel stellen wir nach vorne)

5. **Vergangenheitsform vermeiden, wenn möglich Gegenwartsform verwenden**
(Nicht: Wir haben uns für Strom aus Wind und Sonne stark gemacht, sondern: Wir machen uns für Strom aus Wind und Sonne stark)

6. **Substantive vermeiden** (Die Vermeidung der Substantivierung trägt zur Erhöhung der Verständlichkeit bei)

7. **Verben, Verben, Verben** (Wer Verben verschwendet und bei Substantiven geizt, schreibt flüssig und verständlich)

8. **Verben nach vorne** (Gut: Wir fördern Strom aus erneuerbaren Energieträgern wie Wind und Sonne; schlecht: Strom aus erneuerbaren Energieträgern wie Wind und Sonne wird von uns gefördert)

9. **Substantive, die auf -ung, -heit, -keit enden, vermeiden**

10. **Fremdworte vermeiden, technokratische Begriffe meiden**
(postalisch zugelassener Adhäsionsverschluss)

11. **Satzbau: Subjekt, Prädikat, Objekt** (Gut: Wir lehnen das Betreuungsgeld der CSU-Regierung ab, schlecht: Das von der CSU-Regierung vorgeschlagene Betreuungsgeld lehnen wir ab)

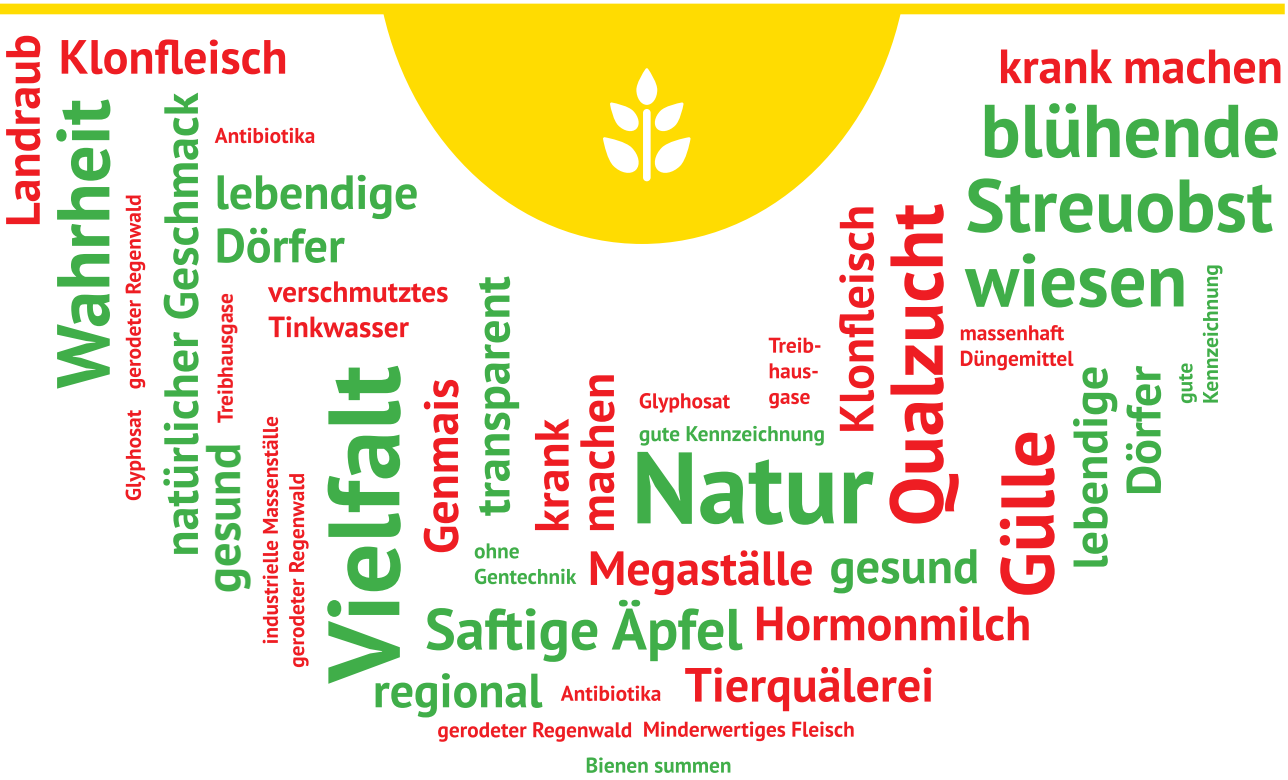
12. **Hauptsätze verwenden, Nebensätze vermeiden oder kurz halten**
(Wir sind nicht Thomas Mann)

13. **Hauptsachen in Hauptsätze, Nebensächlichkeiten in Nebensätze**
(Nicht: In bin gestern ins Schwitzen geraten, weil es in meinem Haus gebrannt hat, sondern: In meinem Haus hat es gestern gebrannt, da bin ich ins Schwitzen geraten)

14. **Positiv ausdrücken, nicht negativ** (Nicht: Wir müssen dem weiteren Rückgang des Ausbaus der Erneuerbaren einen Riegel vorschieben, sondern: Wir wollen, dass die Erneuerbaren weiter kräftig wachsen)

15. **Aufzählungen von ähnlichen Worten meiden** (...offen und ehrlich, wo nötig auch kritisch...)

16. **Abstraktionen vermeiden, konkret werden** (Nicht: Schreibgeräte, sondern: Bleistift und Kugelschreiber)



Landwirtschaft

Das Thema Landwirtschaft ist geradezu prädestiniert für eine anschauliche Sprache. Wir können weitgehend auf abstrakte Fachbegriffe verzichten. Wir können eine Sprache sprechen, die nach guter Landwirtschaft und gutem Essen riecht, klingt und schmeckt – die aber auch den Horror der industriellen Massentierhaltung greifbar macht.

Kernbotschaft

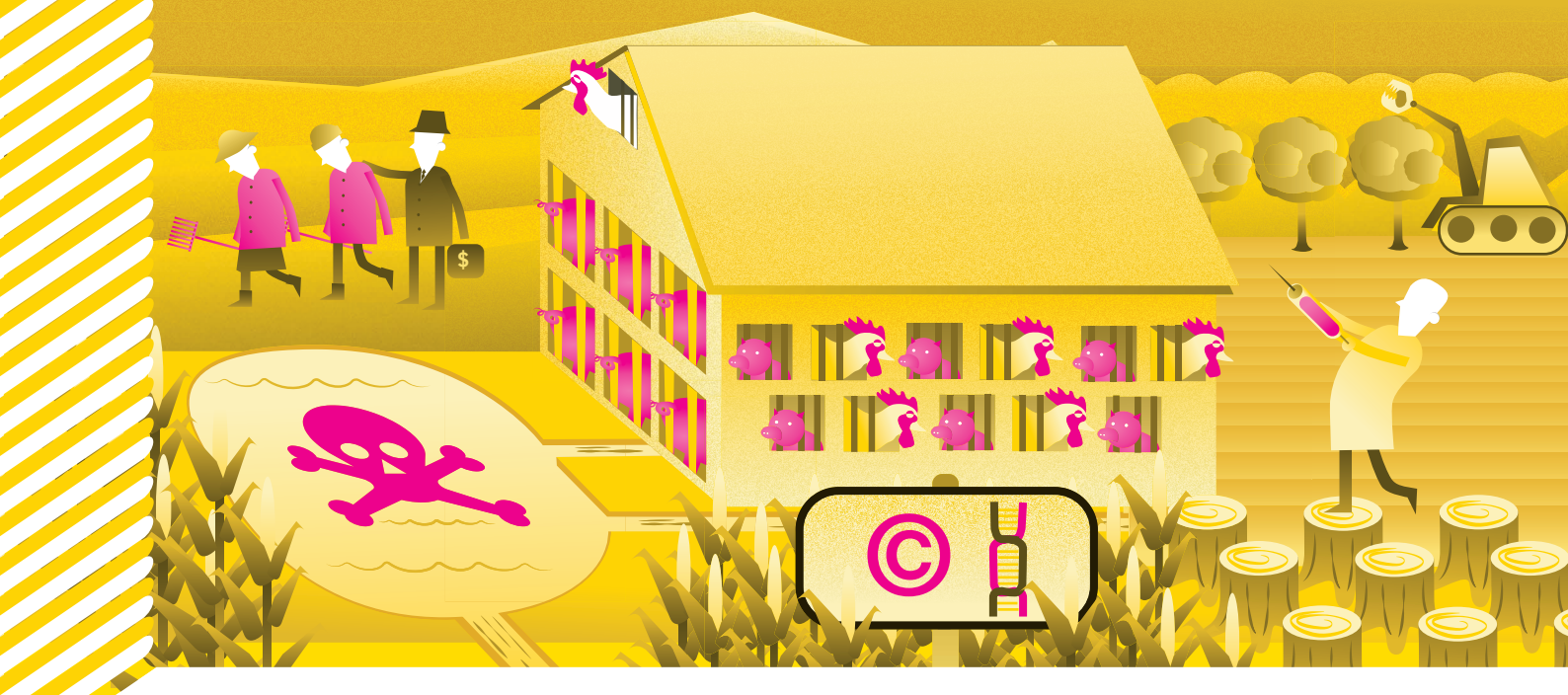
GRÜN kämpft für gutes und gesundes Essen ohne Gift, Gentechnik und Tierquälerei. Wir wollen eine Landwirtschaft, die sich an der Gesundheit des Menschen und dem Schutz unserer Umwelt ausrichtet und nicht an der größten Rendite. Deshalb wollen wir aus der industriellen Massentierhaltung aussteigen, denn sie schadet Mensch, Tier und Umwelt.

So können wir über GRÜNE Landwirtschaft sprechen:

Kühe, die auf der Weide grasen / Hühner, die die Sonne sehen / Eine blühende Streuobstwiese, auf der die Bienen summen / Goldene Weizenfelder / Der Duft von frischem Gras und frischem Brot / Saftige Äpfel vom Bauern nebenan / Kurze Wege vom Feld auf den Tisch / Mehr Platz, Licht und Bewegung für die Tiere / Natürlicher Geschmack statt künstlicher Aromen / Genuss ohne Reue / Lebendige Dörfer / Bäuerinnen und Bauern, die mit der Natur arbeiten / Ställe, die den Tieren angepasst sind – statt umgekehrt / Lebensmittelverpackungen, die die Wahrheit sagen

Wir wollen eine Landwirtschaft, die:

+ gute und gesunde Lebensmittel für uns alle herstellt.
+ transparent ist, damit jede und jeder selbst bestimmen kann, was in ihrem und seinem Kühlschrank landet.
+ ohne Gentechnik arbeitet.
+ Tiere artgerecht hält.
+ im Einklang mit der Natur wirtschaftet.
+ die milliardenschweren Fördergelder sinnvoll verteilt, zu Gunsten von regional und nachhaltig wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern.
+ unseren Bäuerinnen und Bauern ein auskömmliches Leben sichert.



So können wir über industrielle Landwirtschaft sprechen:

Agrarfabriken / Megaställe / Landraub / Höfesterben / Chlorhühner / Genmais / Klonfleisch / Industrieställe / Qualzucht / Gülleseen / massenhaftes Kükenschreddern / eingepferchte Schweine, denen die Schwänze abgeschnitten wurden / Hühner, die auf der Fläche eines Taschentuchs vegetieren müssen / Massiver Antibiotika-Missbrauch / Minderwertiges Fleisch aus industrieller Tierhaltung, das den Markt überschwemmt und reihenweise Bäuerinnen und Bauern in die Pleite treibt / Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im globalen Süden, die von Agrokonzernen vertrieben werden / Gerodeter Regenwald für Sojaanbau / Verschwendetes Wasser, das den Menschen fehlt / Zunehmend unfruchtbare Böden

Wir wollen raus aus der industriellen Landwirtschaft von heute, die:

- Lebensmittel produziert, die uns krank machen.
- Tiere quält, indem sie in industriellen Massenställen gehalten werden.
- unsere Natur schädigt, indem sie Böden unbrauchbar macht und Tier- und Pflanzenarten tötet.
- unser Trinkwasser verschmutzt, indem massenhaft Düngemittel und Gülle im Boden versickern.
- die Klimakrise anheizt, indem sie gefährliche Treibhausgase freisetzt.
- immer mehr Bäuerinnen und Bauern aus der Lebensmittelproduktion verdrängt und Arbeitsplätze vernichtet.
- Tiere mit Antibiotika vollpumpt.
- Klonfleisch, Chlorhuhn und Hormonmilch produziert.
- mit Glyphosat unseren Honig, unser Bier und unser Brot vergiftet.

Im kritischen Dialog:

Öko können sich nur Reiche leisten.

- Lebensmittel sind heute so billig wie nie. Die Agrarindustrie wirft Fleisch, Milch oder Brot oft zu Dumpingpreisen auf den Markt. Dumpingpreise bedeuten mindere Qualität, Tierquälerei und Naturzerstörung. Und sie führen zum ruinösen Wettbewerb in der Landwirtschaft, der vielen Bäuerinnen und Bauern die Existenzgrundlage nimmt.
- Viele Menschen haben die Nase voll von Lebensmittelskandalen und Gift im Essen. Sie sind bereit, für gutes und gesundes Essen einen fairen Preis zu zahlen. Das hat bei den Eiern bereits geklappt.
- Es geht nicht um 100% Bio für alle. Wir wollen gutes Essen zu fairen Preisen, das sich Verbraucherinnen und Verbraucher leisten können, und die den Bauern ein Auskommen sichern. Selbst die Gutachten der Bundesregierung zeigen: Die nötigen Veränderungen sind bezahlbar, es geht eher um Cent- als Eurobeträge.
- Da, wo das Geld besonders knapp ist, kann auch das zu viel sein. Deshalb wollen wir den ALG-II-Regelsatz erhöhen. Davon profitieren gerade Kinder aus armen Familien. Denn Kinder brauchen gesundes Essen. Wir wollen, dass sie gut versorgt sind: mit gutem Essen auch in der Schule oder in der Kita.

Sind die **GRÜNEN** Feinde der Bäuerinnen und Bauern?

- Wir stehen an der Seite aller Bäuerinnen und Bauern, die im Einklang mit der Natur arbeiten. Sie sind unsere Partnerinnen und Partner für gutes Essen, gentechnikfreie Landwirtschaft und regionale Produkte. Wir unterstützen bäuerliche Betriebe, die umwelt- und tierverträglich wirtschaften.
- Bäuerinnen und Bauern verdienen faire Preise für gute Lebensmittel! Milch darf nicht billiger als Wasser sein. Wir schützen Bäuerinnen und Bauern vor Verdrängung und Höfesterben: Bauernhöfe statt Agrarfabriken.
- Gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern kämpfen wir gegen Gentechnik auf unseren Äckern. Und gegen Gensoja und Genmais im Tierfutter. Wir kämpfen gegen die Agrarlobby, die für das Höfesterben und den Verdrängungswettbewerb verantwortlich ist - und ihre Verbündeten im Bauernverband und der Großen Koalition.
- Zwischen Öko und industrieller Massentierhaltung liegt ein breites Spektrum. Wir wollen, dass alle Bäuerinnen und Bauern, die ihre Tiere anständig halten, wieder eine Zukunft haben.

Eine **GRÜNE** Landwirtschaft schafft Wahlfreiheit und Vielfalt: Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ein gutes und vielfältiges Angebot haben und es ihnen leicht machen, sich für regionale und frische Lebensmittel zu entscheiden. Dazu gehören gute Kennzeichnungen – damit Verbraucherinnen und Verbraucher auch wissen, was drin ist und woher ihre Lebensmittel kommen. Aber manche Dinge gehören einfach verboten: Tierquälerei, Naturzerstörung, Gift und Gentechnik im Essen.
Immer mehr Menschen achten darauf, woher das Essen kommt und wie es hergestellt wurde. Qualität, natürlicher Geschmack und regionale Herkunft sind ihnen wichtig. Sie haben die Nase voll von Lebensmittelskandalen. Sie wünschen Schweinen und Hühnern ein artgerechtes Leben und unseren Bäuerinnen und Bauern ein gutes Auskommen. Sie wollen weg von Tierquälerei, Genmanipulation und Umweltzerstörung. Für sie kämpfen wir.

Wollen uns die **GRÜNEN** vorschreiben, was wir essen sollen?

Problematische Begriffe und Alternativen

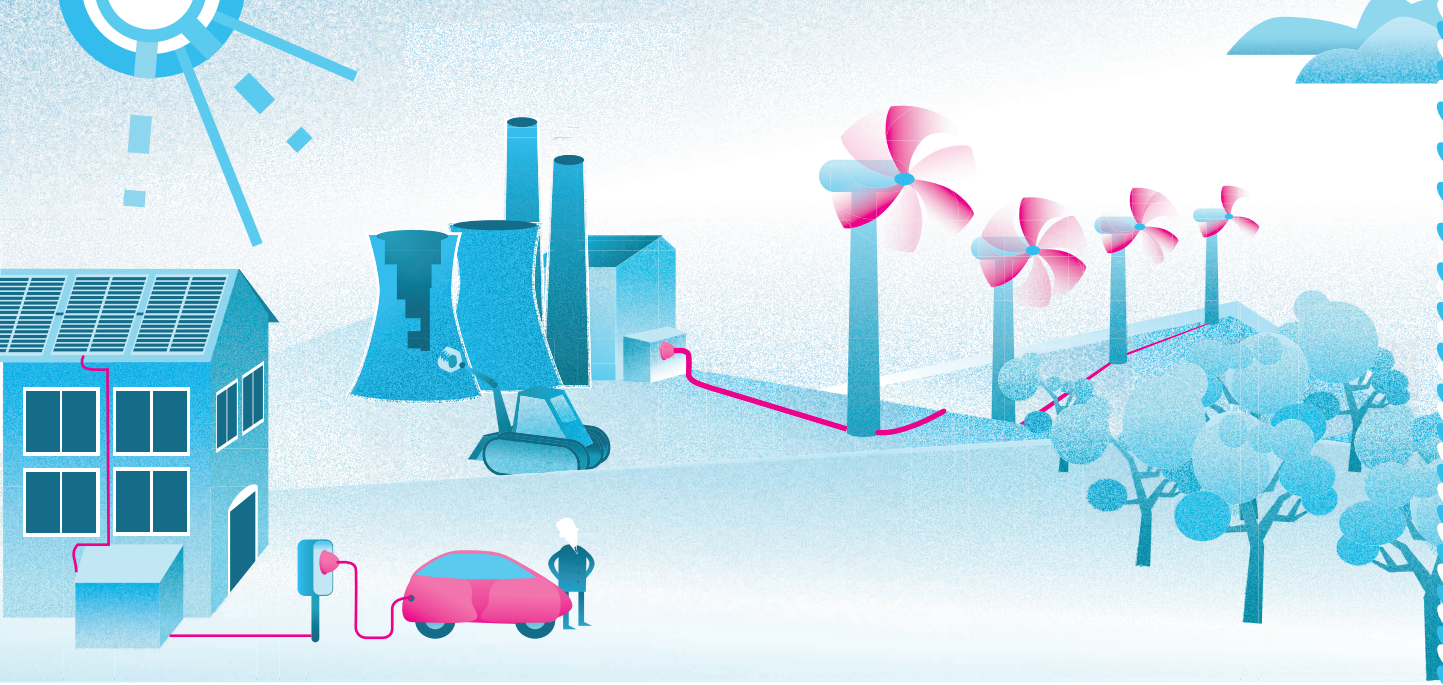
⊖ Begriffe	? Wo liegt das Problem?	⊕ Mögliche Alternativen
Ernährung (in der Verwendung als **GRÜNES** Politikfeld), insbesondere in Kombination mit dem Adjektiv „gesund“	Verbots- und Bevormundungs-Frame: Klingt erzieherisch, nach Diät, wenig genussvoll, eher nach notwendigem Übel.	· Essen · Lebensmittel · Nahrung · am besten in Kombination mit den Adjektiven lecker, gesund, natürlich, schmackhaft, giftfrei
Massentierhaltung	Der Satz beschreibt das Problem nicht präzise genug. Besser mit einem Zusatz wie „quälerisch“ oder „industriell“ versehen.	· quälerische Massentierhaltung · industrielle Massentierhaltung · industrielle Tierhaltung · Industrieställe · industrielle Landwirtschaft
Agrarwende	Der Begriff ist nicht direkt positiv besetzt. Ohne ihn mit einem Ziel zu verbinden, wird er nicht immer verstanden. Er sagt nicht, wo wir hinwollen.	· Agrarwende hin zu einer **GRÜNEN** Landwirtschaft · Ausstieg aus der industriellen Landwirtschaft · Ausstieg aus der Agrarindustrie · Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung · eine **GRÜNERE** Landwirtschaft · Aufbruch in eine gute Landwirtschaft · eine verbrauchernahe, tiergerechte und umweltfreundliche Landwirtschaft · eine nachhaltige Landwirtschaft · gutes Essen · gutes Essen ohne Gift, Gentechnik und Tierquälerei
Billigfleisch	"Billig" ruft den Gegenbegriff "teuer" auf. Dabei sind schon mit Centbeträgen Verbesserungen möglich.	· minderwertiges Fleisch · Dumping-Fleisch

Klima / Energie

Klima- und Energiepolitik sind **GRÜNER** Markenkern. Ob und wie wir es schaffen, dieses entscheidende Thema emotionaler zu machen und damit zu mobilisieren, hängt wesentlich von einem starken Narrativ und einer lebendigen Sprache ab. Insbesondere das Klima-Thema leidet an seiner zeitlichen und räumlichen Entgrenzung und ist mit starken Machbarkeitszweifeln besetzt (zu groß, zu global, zu wenig Wirkungsmacht für die Einzelne und den Einzelnen). Auch hier kann gute Kommunikation helfen.

Kernbotschaft

Stürme, Überschwemmungen, Dürren… Wir sind die erste Generation, die die Folgen der Klimaerhitzung spürt – und die letzte, die etwas dagegen tun kann. Die Lösungen sind vorhanden, sie müssen nur politisch umgesetzt werden. Echten Klimaschutz gibt es nur mit starken **GRÜNEN**.



So können wir über GRÜNE Klima- und Energiepolitik sprechen:

+ Kohle und Öl zerstören auf Dauer unsere Natur, erhitzen das Klima und gefährden damit unsere Lebensgrundlagen. Die Natur bietet uns unerschöpfliche Quellen: In weniger als 30 Minuten strahlt die Sonne mehr Energie auf die Erde als die Menschheit in einem ganzen Jahr verbraucht.

+ Wir haben in den vergangenen Jahren beeindruckende Fortschritte gemacht, GRÜNE Energien zu nutzen. Schon heute gibt es Tage, an denen Deutschland fast seinen kompletten Strombedarf aus Sonne, Wind und Wasser deckt. Mit neuer Technik und der Hilfe all jener, die überall in Deutschland selbst saubere Energie erzeugen. Diesen Weg wollen wir weiter gehen und nicht nur die Stromversorgung konsequent begrünen, sondern auch die Wärmeversorgung und den Verkehrssektor.

+ GRÜNE Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und mittlerweile auch billiger als neue Kraftwerke, die mit alten, schmutzigen Energieträgern versorgt werden. Wir dürfen jetzt nicht nachlassen, sondern müssen die Bedingungen für den vollständigen Umstieg auf GRÜNE Energien schaffen!
Die vergangenen Jahre zeigen: Ein weltweiter Umstieg auf GRÜNE Energien ist machbar.
Wir haben jetzt die Chance unsere Wirtschaft ökologisch zu modernisieren und sie ins 21. Jahrhundert zu heben.

+ In Paris hat sich die Weltgemeinschaft das Ziel gesetzt, die Klimaerhitzung zu stoppen. Die schmutzigen Energien der Vergangenheit stehen dabei im Weg. Lasst sie uns überwinden! **Befreien wir uns von klimaschädlicher Kohle und Öl und der gefährlichen Atomkraft! Die Zukunft ist GRÜN!**

+ Dafür braucht es Weitsicht, Entschlossenheit und einen langen Atem. In den vergangenen 35 Jahren haben wir bewiesen, dass wir genau diese Qualitäten haben. Wir sind viele! Immer mehr Menschen auf der ganzen Welt kämpfen für eine erneuerbare Zukunft. Diese Bewegung reicht von fortschrittlichen Unternehmerinnen, verantwortlichen Konsumenten und Solaranlagenbesitzerinnen bis zum Papst.

Wir wollen:

+ Mensch und Natur vor Schaden bewahren.
+ der Klimakrise entgegensteuern und ihre Auswirkungen auf ein erträgliches Maß begrenzen.
+ unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt hinterlassen.
+ eine saubere, günstige und zuverlässige Energieversorgung, die unsere Luft, unsere Böden und unser Wasser erhält/schont.
+ eine nachhaltige Wirtschaft, die das Wohlergehen von Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt.
+ kein zweites Fukushima! Deshalb den vollständigen Atomausstieg!
+ raus aus der Kohle! Die 20 dreckigsten Kraftwerke nehmen wir sofort vom Netz, die anderen fahren wir schrittweise bis 2030 herunter.
+ dass Ökostrom allen nutzt. Bei der Energiewende können alle mitmachen: mittels Bürgerenergien, Mieter- oder Eigenstrom.
+ ein Auto, das leise, sicher und sauber fährt. Deshalb raus aus Benzin und Diesel. Ab 2030 sollen nur nach abgasfreie Neuwagen zugelassen werden.
+ Vorfahrt für den öffentlichen Verkehr. Ein MobilPass für alle, der alle Verkehrsmittel in ganz Deutschland vom Zug über Bus bis zum Car- und Bikesharing vernetzt.

Im kritischen Dialog:

Klimapolitik darf nicht auf Kosten der sozial Schwachen gehen.

Eine kaputte Umwelt geht besonders auf Kosten der Armen: durch Unwetter zerstörte Häuser, Feinstaub und Lebensmittel, die krank machen. Wir alle haben gemeinsam die Verantwortung dafür, dass unsere Welt lebenswert bleibt. Die größte Verantwortung tragen aber die großen Verschmutzer in der Industrie. Es ist nicht fair, wenn große Energieverbraucher die Luft verpesten, die wir alle atmen und dafür noch vom Staat subventioniert werden. Probleme ärmerer Menschen wollen wir über die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik lösen, z.B. eine Stromkostenpauschale in der Grundsicherung. Ein Klimawohngeld hilft, dass Menschen mit geringem Einkommen in sanierten Wohnungen wohnen bleiben können.

Die Energiewende ist ein billionenschweres Subventionsprogramm. Sie macht den Strom extrem teuer. Einfache Stromkunden bezahlen das per Stromrechnung und machen die Windkraftleute zu Millionären.

Der Umstieg auf **GRÜNE** Energien ist eines der größten Investitionsprogramme in die Zukunft unseres Landes. Das Geld ist gut angelegt, denn die Ökostrompreise und der Börsenstrompreis sind rapide gesunken. Inzwischen ist Strom aus Wind- und Solarenergie günstiger als aus neuen Kohle-, Gas- und erst recht Atomkraftwerken. Sie sind jetzt im Fokus globaler Energieinvestitionen. Wir sind also auf dem richtigen Weg. Für uns geht es darum, dass jetzt auch Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher von der Energiewende profitieren und günstigen Ökostrom direkt nutzen können. Und wir wollen, dass die ungerechten Ausnahmen bei der Ökostromumlage für große Unternehmen abgeschafft

Klimaschutz gerne, aber bitte nicht auf Kosten der Wirtschaft!

Tatsache ist: Wir machen Klimaschutz mit und zugunsten der Wirtschaft! Durch die erneuerbaren Energien sinkt der Börsenstrompreis und die Industrie profitiert damit von der Energiewende. Die erneuerbaren Energien sind ein Jobmotor, den wir **GRÜNE** mit der Energiewende angeworfen haben.

Wärmedämmung ist ein Irrsinn. Sie macht unsere Häuser hässlich, verursacht Schimmel und Berge von Dämmstoffmüll. Und zur Belohnung bekommen wir noch höhere Mieten.

Wärmedämmung hilft, Energie da einzusetzen, wo sie gebraucht wird: Wir wärmen unsere Wohnzimmer – nicht unsere Gärten. Dämmung hilft, keine Energie zu verschwenden. Sie muss gut und umweltgerecht gemacht werden. Einfach nur Kunststoff auf Hauswände zu kleben, ist für uns der falsche Weg. Was nutzt das Dämmpaket, wenn im Keller eine alte, dreckige Ölheizung steht?
Was wir brauchen, ist ein ausgewogener Mix: **GRÜNE** Energie nutzen, baulich sanieren – zusammen rechnet sich das. In den Wohngegenden, wo viele Menschen mit geringem Einkommen zur Miete wohnen, fördern wir das besonders.

GRÜNE stehen für einen naturverträglichen Umstieg auf **GRÜNE** Energien. Energiewende und Naturschutz müssen zusammen betrachtet und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Windräder dürfen nicht in Naturschutzgebieten, Nationalparks oder naturnahen und artenreichen Wäldern errichtet werden. Auf Vogelzug-Routen auf hoher See müssen die Anlagen zeitweise abgeschaltet werden. Fakt ist aber auch: Die konventionellen Energieträger sind für das Abbaggern ganzer Landstriche, Ölkatastrophen und Klimaerhitzung verantwortlich. Ganz zu schweigen von den radioaktiven Abfällen, die noch Jahrhunderte radioaktiv strahlen werden.

Die zahlreichen Windräder verschandeln die Natur und Vögel werden geschreddert.

Problematische Begriffe und Alternativen

⊖ Begriffe	? Wo liegt das Problem?	⊕ Mögliche Alternativen
Klimawandel	Man kann den Begriff natürlich verwenden, manchmal ergibt es sich schon aus dem Kontext. Dennoch: Wandel ist etwas eher Positives, was langsam und allmählich vonstattengeht. Der krisenhafte, gefährliche, disruptive Charakter des Treibauseffekts wird damit verschleiert. Deshalb empfehlen wir Alternativen - wo immer möglich.	· Klimakrise · Erderhitzung /gefährliches Aufheizen des Planeten · Klimaerhitzung · Treibhauseffekt · die Erde wird gefährlich aufgeheizt · Wetterchaos
Erderwärmung, Klimaerwärmung, globale Erwärmung	Wärme ist etwas Positives. Der Begriff ist problematisch und sollte nach Möglichkeit vermieden werden.	· Erderhitzung · globale Erhitzung · globale Erstickung
Emissionen, CO-2-Ausstoß	Klingt technisch und neutral	· Verschmutzung (durch Kohlenstoff, durch Treibhausgase) · Abgase · Klimagase · Klimagifte
2-Grad-Ziel, 40 Prozent CO2-Reduktion	Technisch	· gefährliches Aufheizen verhindern · Überhitzung abwenden · Luftverschmutzung durch Kohlenstoff drastisch reduzieren
Kraft-Wärme-Kopplung	Unverständlich	· gemeinsame Erzeugung von Strom und Wärme

Begriffe	Wo liegt das Problem?	Mögliche Alternativen
Energiewende	Kann man verwenden, aber: Es fehlt eine positive Zieldefinition (Energiewende wohin?), den andere Alternativen in sich tragen.	· raus aus Kohle und Gas, rein in Energie aus Sonne, Wind und Wasser! · Umstieg auf saubere und sichere Energie · Energiewende hin zu den **GRÜNEN** Energien
Erneuerbare Energien	Kann man verwenden, aber: Der Begriff bleibt etwas abstrakt. Außerdem ist er nicht ganz präzise, denn strenggenommen muss diese Energie ja nicht erneuert werden, sondern ist in schier unendlichen Mengen vorhanden	· Energie aus natürlichen Quellen, natürliche Energie · saubere Energie, **GRÜNE** Energie · Strom aus Sonne, Wind und Wasser · die unerschöpflichen Energiequellen
Fossile Energie	Klingt abstrakt, technisch und verharmlosend.	· Schmutzenergie, Dinosaurierenergie, oder auch die alten Energien
Stromtrassen	Durch den Gegner bereits mit dem Begriff „Monstertrassen“ verunglimpft.	· Intelligente Stromnetze · Stromadern · Leitungen
Dekarbonisierung	Unverständlich	· raus aus Kohle und Gas, rein in Energie aus Sonne, Wind und Wasser!
Kapazitätsmechanismen	Unverständlich	· Stromreserve gegen Stromausfall
„Klimakanzlerin“ (Merkel)	Nachweislich falsch, geht einem Mythos auf den Leim.	· Kohlekanzlerin

Flucht Einwanderung Integration

Sehr viele Menschen müssen derzeit vor Krieg, politischer Vertreibung und Gewalt fliehen, immer öfter auch vor Dürren, Hochwasser und Umweltzerstörung. Die allermeisten fliehen in Nachbarländer, viele auch nach Europa. Das Ausmaß der weltweiten Wanderungsbewegungen ist neu. Wir müssen die Werte deutlich machen, die unserer humanen Flüchtlings-, Einwanderungs- und Integrationspolitik zu Grunde liegen. Und unseren Plan, damit diese gelingt.

Kernbotschaft

Menschen, die vor Krieg oder Verfolgung fliehen, brauchen Schutz. Wir **GRÜNEN** helfen Menschen in Not und bekennen uns klar zum Grundrecht auf Asyl. Für Menschen, die nicht fliehen müssen, sondern aus freien Stücken zu uns kommen wollen, wollen wir mit einem Einwanderungsgesetz legale und faire Möglichkeiten schaffen. Es regelt, wer nach welchen Kriterien eine Chance erhält, hier zu leben und zu arbeiten. Für die große Aufgabe der Integration gilt: Politik muss die Voraussetzung dafür schaffen, also: Sprachkurse, Arbeit, Wohnungen, Schulen. Das Band, das eine Gesellschaft der Vielfalt zusammenhält, ist unser Grundgesetz und seine Grundwerte. Wir stehen für eine offene Gesellschaft der Einheit in Vielfalt.

So können wir über GRÜNE Politik im Bereich Flucht, Migration und Integration sprechen:

Flucht:

+ Geflüchtete haben einen Anspruch auf faire und rechtsstaatliche Asylverfahren.
+ Für uns gilt: Jeder Fall ist anders. Der einzelne Mensch ist und bleibt für uns das Maß aller Dinge.
+ Das Asylrecht ist ein Grundrecht, eine zivilisatorische Errungenschaft und eine Lehre aus der Geschichte.
+ Doch nicht jede und jeder, die oder der Asyl beantragt, hat Anspruch darauf. Nicht alle können bleiben.

Einwanderung:

+ Für die, die aus freien Stücken kommen, in Deutschland leben und arbeiten möchten, haben wir ein neues Einwanderungsgesetz erarbeitet.
+ Geregelte Einwanderung stärkt unsere Wirtschaft und Gesellschaft, bietet Menschen gute Perspektiven und entlastet auch das Asylsystem.
+ Deutschland hat niedrige Geburtenraten und ist auf Fachkräfte von außen angewiesen.

Integration:

+ GRÜNE Integrationspolitik sorgt für ein gutes und friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft.
+ Doch Integration ist kein Selbstläufer, sie ist anstrengend und schafft auch Probleme, über die wir offen reden müssen.

+ Wir packen die Integration so an, dass aus Vielfalt eine Stärke wird und wir betonen die Chancen.

+ Das Band, das eine offene Gesellschaft der Vielfalt eint und zusammenhält, ist unser Grundgesetz und seine Grundwerte.

+ Wir wollen, dass das Grundgesetz der Maßstab des Zusammenlebens für alle Menschen ist, die hier leben.

+ Aufgabe von Politik ist, dafür die Voraussetzung zu schaffen: ausreichender Zugang zu Arbeit, bezahlbare Wohnungen, Schulen mit ausreichend Lehrerinnen und Lehrern für alle.

Europäische Dimension:

+ Für viele Menschen auf der Flucht ist Europa ein Sehnsuchtsort des Friedens, des Wohlstandes, der Freiheit und der Menschenrechte.

+ Die EU-Länder können sich bis heute nicht auf eine solidarische Aufnahme einigen, während täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken.

+ Es ist Aufgabe aller Mitgliedstaaten, Menschen auf der Flucht Schutz zu gewähren, sie aufzunehmen und fair zu verteilen.

+ Die Genfer Flüchtlingskonvention gilt für die gesamte EU. Die Europäische Union darf Menschen auf der Flucht nicht einfach abweisen.

+ Die EU-Grenzsicherung soll Flüchtlingsschutz und eine rechtsstaatliche Kontrolle der Außengrenzen miteinander verbinden.

+ Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, und wir wollen für die Registrierung der Geflüchteten rechtsstaatliche Verfahren.

Das wollen wir erreichen:

Flucht:

+ Wir helfen Menschen in Not.
+ Wir bekämpfen wirksam und entschlossen die Fluchtursachen.
+ Wir schaffen sichere und legale Fluchtwege, damit Menschen ihr Leben nicht länger in die Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen.
+ Wir sorgen für eine wirksame Seenotrettung, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden.
+ Wir sorgen für schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie Asylverfahren.
+ Wir bringen geflüchtete Menschen unter und ermöglichen ihnen gute Erst- und Gesundheitsversorgung sowie Sprachkurse.
+ Wir arbeiten weiter für eine solidarische und humane Flüchtlingspolitik in Europa: Menschen auf der Flucht an den europäischen Außengrenzen zu registrieren, ist unerlässlich. Wir brauchen außerdem ein System, nach dem die Menschen verlässlich und fair in Europa verteilt werden können.

Einwanderung:

+ Wir schaffen ein modernes Einwanderungsgesetz, das Arbeitsmigration fair regelt.
+ Wir ermitteln den jährlichen Fachkräftebedarf und schaffen Talentkarten, mit denen sich gut qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer einen Job suchen können.

Integration:

+ Wir wollen ein Integrationsgesetz, das von Rostock bis Konstanz gleich gute Bedingungen für ein gutes Zusammenleben schafft.
+ Wir werden diejenigen, die bleiben, gut aufnehmen und tatkräftig dabei unterstützen, unsere Sprache zu lernen, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden.
+ Ein Bundesintegrationsministerium soll Schluss mit dem Chaos zwischen Kanzleramt und Innenministerium machen.
+ Wir möchten, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst arbeiten.

Im kritischen Dialog:

Wollen die **GRÜNEN** eigentlich alle reinlassen, die kommen wollen?

Nein. Wir wollen und können Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen helfen, das ist unsere menschenrechtliche Verantwortung. Das hat Priorität für uns. Mit Blick auf die Menschen, die nicht auf der Flucht sind und in Deutschland arbeiten wollen, sagen wir: Da es kein Einwanderungsgesetz gibt, werden diese Menschen bis heute unnötig in Asylverfahren gedrängt. Das wollen wir ändern. Wir wollen daher ein zeitgemäßes Einwanderungsrecht, das es einer begrenzten Zahl von Fachkräften leichter macht, bei uns Arbeit zu finden. Migrantinnen und Migranten wollen wir dabei unterstützen, qualifizierte Berufsabschlüsse zu erwerben. Das hilft dem deutschen Arbeitsmarkt – und entlastet die Asylverfahren.

Sind die meisten sogenannten Flüchtlinge nicht „Wirtschaftsflüchtlinge“?

Das ist falsch. Mehr als jede und jeder zweite Asylsuchende ist asylberechtigt und wird bei uns in Deutschland anerkannt. Nicht von den **GRÜNEN**, sondern vom zuständigen Bundesamt für Migration und Flucht. Und das aus sehr guten Gründen. Denn die meisten Menschen kommen aus Syrien, aus Afghanistan, dem Irak und Iran sowie aus Somalia und Eritrea zu uns. Dort ist ihr Leben bedroht.

Auch wer aus wirtschaftlicher Not nach Deutschland kommt, hat sehr gute und legitime Gründe, seine Heimat zu verlassen. Man sollte diese Menschen nicht verurteilen oder pauschal diskreditieren. Aber sie können keinen Schutz nach Asylrecht oder der Flüchtlingskonvention erhalten.

Wird Deutschland nicht seine Identität verlieren, wenn Menschen aus einem fremden Kulturkreis zu uns kommen?

Wir sind schon lange eine vielfältige Gesellschaft und das ist eine unserer größten Stärken. Grundgesetz, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung, Recht und Gesetze unseres Landes, all das gilt für alle, einheimisch oder eingewandert. Die Mehrheit der Muslime in Deutschland steht für einen friedlichen Islam in der Mitte unserer Gesellschaft. Mit islamistischen Strömungen müssen sich Muslime wie Nicht-Muslime offensiv auseinandersetzen. Wir müssen den Islam einbürgern. Das bedeutet zum Beispiel, dass die islamische Religion nur von Religionslehrerinnen und Religionslehrern unterrichtet werden soll, die in Deutschland ausgebildet sind.

Ist unser Land nicht überfordert, wenn immer mehr Menschen kommen?

Inzwischen sind weltweit mehr Menschen auf der Flucht als jemals zuvor. Die meisten werden von den Nachbarstaaten aufgenommen. Staaten wie der Irak, Jordanien oder Libanon sind viel eher überfordert als die Länder der Europäischen Union. Deshalb brauchen wir zuallererst Hilfe für diese Staaten, damit Menschen Perspektiven vor Ort finden. Es kommen nun auch mehr Menschen zu uns. Wir brauchen daher rechtsstaatliche Verfahren binnen weniger Wochen, damit die Menschen schneller wissen, ob sie bleiben können. Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind, müssen wir aufnehmen. In der Mehrzahl der Städte und Kommunen klappt es mittlerweile sehr gut, Flüchtlinge zu versorgen, unterzubringen und zu integrieren.

Im Jahr 2015 war die Bundesregierung nicht ausreichend auf die Flüchtlingssituation vorbereitet und die Kommunen an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Das darf sich nicht wiederholen. Die EU muss ihre Grenzen kontrollieren und selbstverständlich registrieren, wer einreist und wer ausreist.
Unser Rechtsstaat muss die Bürgerrechte wahren und Sicherheit gewährleisten. Wir fordern seit langem, die Polizei personell aufzustocken, denn durch viele zusätzliche Aufgaben ist sie inzwischen überfordert.

Hat der Staat überhaupt noch die Kontrolle über Grenzen, Straßen und unsere Sicherheit?

Sind diese Migranten nicht meistens kriminell oder Terroristen?

Auch unter Geflüchteten gibt es schwarze Schafe. Die Zahlen der Polizei zeigen jedoch regelmäßig, dass es nicht mehr sind als unter allen vergleichbaren Gruppen der Bevölkerung auch.
Laut BKA begeht die „weit überwiegende Mehrheit“ der Asylsuchenden „keine Straftaten". Die Delikte, die von der Minderheit zu zwei Dritteln begangen werden, sind: Passfälschung, Schwarzfahren und einfacher Diebstahl. Wer legal hier lebt und einen Job hat, bei dem ist – so das BKA – kein auffälliges Kriminalitätsaufkommen festzustellen. Bedrohungen, Übergriffe und Gewalt gegen Frauen sind widerliche Taten. Sie müssen verfolgt und bestraft werden, egal wer sie begeht. Jede Frau, jedes Mädchen muss sich frei von Angst überall bewegen können.
Terrorgefahr bestand auch schon vor den Fluchtbewegungen der jüngsten Zeit. Die meisten Personen, die den Behörden als gewaltbereite Fundamentalistinnen und Fundamentalisten bekannt sind, sind in Europa aufgewachsen. Ihre Entwicklung ist das Ergebnis fehlender Integration, islamistischer Propaganda, persönlichen Fehlverhaltens und des Gefühls, nicht dazu zu gehören.
Aber: Auch unter Flüchtlingen gibt es einzelne Radikale. Klar ist deshalb, dass wir eine gut ausgestattete und europaweit vernetzte Polizei brauchen, um Gefahren abzuwehren und Straftaten aufzuklären genauso wie eine wirksame Prävention, die Radikalisierung verhindert, bevor sie entsteht.

Problematische Begriffe und Alternativen

⊖ Begriffe	? Wo liegt das Problem?	⊕ Mögliche Alternativen
Flüchtlinge oder Geflüchtete?	Der Begriff „Flüchtling“ wird immer wieder sprachkritisch hinterfragt, weil er negative Assoziationen wecke. Andererseits: Die wesentliche Rechtsgrundlage, die die Menschen schützt und ihnen Ansprüche eröffnet, heißt weiterhin offiziell „Genfer Flüchtlingskonvention“.	· immer, wenn von den Rechten der Menschen die Rede ist, ist der Begriff „Flüchtling“ der präzisere · in anderen Kontexten sind Begriffe wie Geflüchtete, Asylsuchende, Schutzsuchende, Menschen auf der Flucht ebenso treffend · der Begriff „Geflüchtete“ eignet sich eher für die Schriftsprache · in Interviews und Statements empfehlen wir den Begriff „Flüchtlinge“
Flüchtlingskrise	Wird in der Regel als Krise Deutschlands durch die Flüchtlinge verstanden. Nicht die Krisen, wegen derer die Menschen fliehen müssen.	· Flüchtlingssituation · Flüchtlingsbewegung · Flüchtlingszuzug · große Zahl von Menschen in Not, die zu uns fliehen · große Zahl von Menschen auf der Flucht
Flüchtlingswelle, Flüchtlingsstrom, Flut von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, „Das Boot ist voll“	Flüchtlinge werden als anonyme Bedrohung wahrgenommen, die in unserem Land keinen Platz haben. Assoziationen mit Naturkatastrophen. Auch der Begriff „Abschottung“ verstärkt diese Assoziationen. „Schotten“ verhindern die Überflutung von Schiffen	· zunehmende Fluchtbewegung · Flüchtlingsdrama · steigende Zahl von Menschen auf der Flucht
Wir wollen keine „Festung Europa“	„Festung“ ist ein grundsätzlich positiv besetzter Begriff. Er suggeriert Schutz vor einer (vermeintlichen) Bedrohung von außen. Diese Assoziation wird auch in der Negation erweckt.	· wir wollen ein Europa, das Flüchtlinge schützt statt abwehrt / aussperrt / abschreckt / zurückweist · für ein Europa, das Menschen nicht ertrinken lässt · für ein Europa, in dem niemand untergeht · für ein humanes, solidarisches Europa

Begriffe	Wo liegt das Problem?	Mögliche Alternativen
Wirtschafts-flüchtlinge	Wirtschaftsflüchtlinge gibt es eigentlich nicht: Fluchtursachen sind politische Verfolgung, Krieg, Armut, aber nicht „Wirtschaft“.	· Menschen, die vor Hunger und Armut, fliehen · je nach Kontext auch schlichtweg: Migrantinnen und Migranten
Asylmissbrauch, Asylbetrügerinnen und Asylbetrüger	Kampfbegriffe der Rechten. Sind faktisch falsch: Menschen haben ein Recht darauf, einen Antrag zu stellen. Menschen, deren Asylersuchen abgelehnt wird, können das Asylrecht auch nicht missbrauchen.	· Flüchtling, Geflüchtete · Migrantinnen, Einwanderer · Menschen, die zu uns kommen, um aus Armut und Ausgrenzung zu entfliehen
Zuwanderung	Dieser von Otto Schily geprägte Begriff will um die Tatsache herumschwurbeln, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Zuwanderung suggeriert, dass Menschen am Rand dazu kommen, aber nicht zum Kern gehören.	· Einwanderung
Leitkultur	Leitkultur ist ein alter Kampfbegriff der Konservativen; Integration wird dabei als einseitige Pflicht definiert, die Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten erbringen müssen.	· unser Grundgesetz ist unser Wertefundament. Es regelt alles, was wir für ein gutes Zusammenleben brauchen. · Integration braucht Unterstützung
Asylbewerberinnen und Asylbewerber	Erweckt die Assoziation von Bittstellerinnen und Bittstellern, von Jobbörsen und Assessment-Center, also von Konkurrenz und Auslese. Am Ende kann nur eine oder einer die Stelle bekommen. Die anderen gehen leer aus. Klammert den Aspekt „Recht auf Asyl“ aus.	· Flüchtling · Geflüchtete · Asylsuchende · Menschen, die Schutz suchen · Menschen auf der Flucht · Refugee (wo Anglizismen verstanden werden) · gerne auch mal: Vertriebene
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	Technischer und abstrakter Begriff des Flüchtlingsrechts.	· Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Eltern auf der Flucht sind

Begriffe	Wo liegt das Problem?	Mögliche Alternativen
Fremdenfeindlichkeit Ausländerfeindlichkeit	Bei Fremdenfeindlichkeit schwingt die negative Assoziation „fremd“ mit und sorgt für Distanzierung von den Opfern. Viele Ziele sogenannter „Ausländerfeindlichkeit“ sind längst deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Der Begriff grenzt also häufig sogar die Opfer aus.	· Rassismus · Menschenfeindlichkeit aus rassistischen Motiven · rassistischer Hass · gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

10 Tipps gegen rechtspopulistische Argumente am Wahlkampfstand

1. **Distanz wahren (z.B. durch Siezen)**
2. **gelassen bleiben, emotionalisierte Strategie nicht übernehmen**
   (Tabubrüche und persönliche Angriffe werden gezielt von Rechten eingesetzt, um inhaltliche Diskussion zu unterbinden)
3. **eigene Standpunkte klar formulieren** (dabei z.B. persönliche Erfahrungen einbringen, um authentisch zu sein)
4. **mit der positiven GRÜNEN Erzählung einer offenen Gesellschaft in die Offensive gehen**
   (z.B. moderne, vielfältige Familien, Doppelpass, Ehe für alle, Selbstbestimmungsrecht u.v.m.)
5. **nicht zu abstrakt werden, sondern konkret über Themen sprechen**
   (Beispiele nennen und eventuell von eigenen Erfahrungen berichten, statt nur auf Metaebene Probleme anzusprechen)
6. **nicht mehrere Themen vermischen, sondern einzeln diskutieren**
7. **auf echte Fragen und inhaltliche Kritik eingehen und Antworten geben**
8. **keine rechtspopulistische Sprache übernehmen** (z.B. „Frühsexualisierung“, „Hypersexualisierung“, „Umerziehung“, „politische Korrektheit“ übernehmen, sondern diskriminierungsfreie Ausdrücke wählen)
9. **keine Generalisierungen machen und Widersprüche klar aufzeigen**
10. **Wenn ihr das Gefühl habt, ihr werdet in ein endloses Gespräch verwickelt, in dem es dem Gegenüber offensichtlich nicht um Diskussion, sondern um Provokation geht: Gespräch höflich beenden.**

Gerechtigkeit

Deutschland ist ein wohlhabendes Land, unsere Sozialsysteme gehören zu den sichersten der Welt. Gleichzeitig kommt der Wohlstand bei zu vielen Menschen nicht an: So ist jedes fünfte Kind von Armut bedroht. Außerdem sind unsere Sozialsysteme nicht zukunftsfest. Also lasst uns über soziale Gerechtigkeit sprechen, und zwar so:

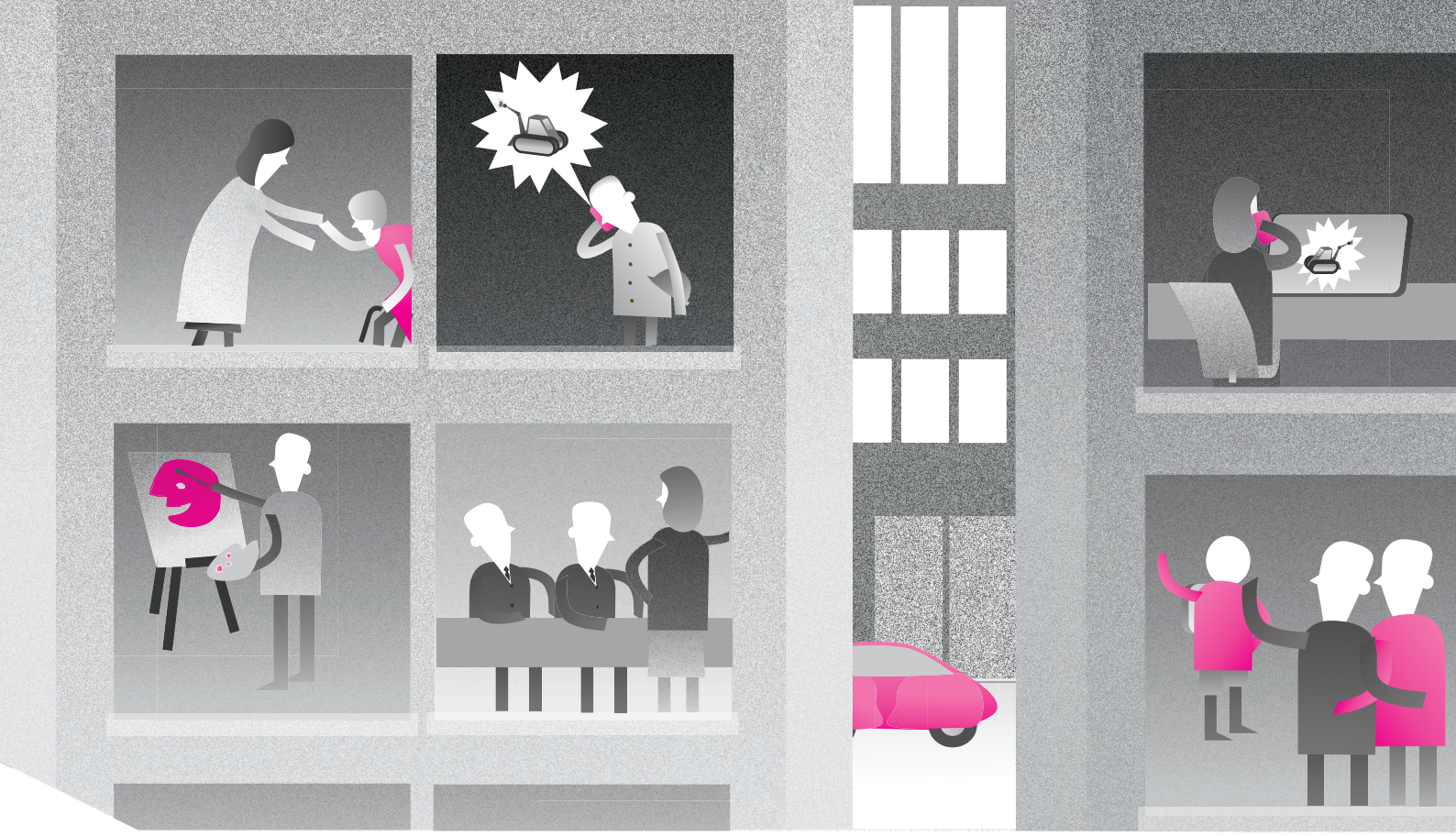
Kernbotschaft

Wir kämpfen für ein gerechteres Deutschland. Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder, einen fairen Anteil am Wohlstand für alle, gute Jobs und soziale Sicherheit. Dazu muss sich einiges ändern.

So können wir GRÜNE über Gerechtigkeit sprechen:

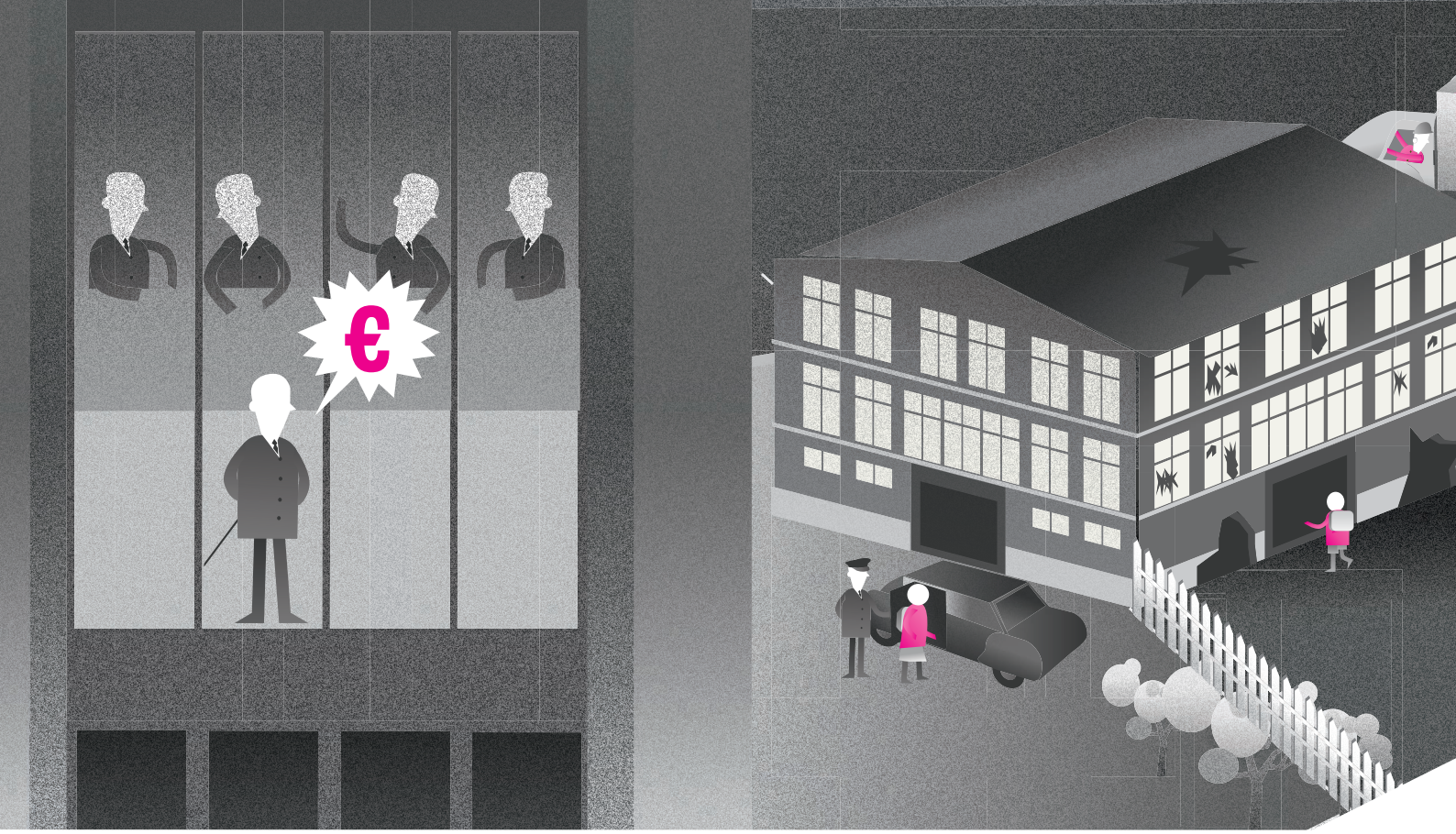
Positive Bilder / Visionen

+ Über den Lebensweg sollen Talent und Fleiß entscheiden, nicht die Herkunft.
+ Jedes Kind, egal ob Ahmed oder Lisa, soll eine Chance auf ein gutes Leben bekommen.
+ Jedes Kind muss in der Schule ein ordentliches Mittagessen bekommen.
+ Krankenschwestern und Erzieher müssen für ihre großartige Leistung gut bezahlt werden.
+ Nur zusammen und solidarisch können wir einander soziale Sicherheit geben.
+ Wir stehen uns bei Krankheit, Armut oder Verlust des Arbeitsplatzes gegenseitig zur Seite.
+ Alle Bürgerinnen und Bürger sollen gegen die großen Risiken des Lebens wie Krankheit oder Jobverlust gut abgesichert sein.
+ Soziale Sicherheit ist eine Bedingung für den inneren Frieden unserer Gesellschaft und eine Voraussetzung für Kreativität und Lebensmut.
+ Gerade in unruhigen Zeiten ist Solidarität das Rückgrat unserer Gesellschaft
+ Familie ist überall da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.
+ Familien sind so vielfältig wie das Leben selbst.
+ Wir machen eine Politik, die alle Familien gut unterstützt – auch Patchwork-Familien, Alleinerziehende oder Paare ohne Trauschein.



Wir wollen ein Land,

+ das solidarisch zusammenhält.
+ in dem Schulen allen Kindern gute Chancen öffnen.
+ mit einem eng gespannten sozialen Netz.
+ in dem alle Kinder dem Staat gleich viel wert sind.
+ in dem alle Familien besser gefördert werden.
+ in dem Frauen für gleichwertige Arbeit denselben Lohn bekommen wie Männer.
+ in dem alle von ihrer Arbeit leben können.
+ in dem es eine gute Gesundheitsversorgung für alle gibt.
+ in dem Arbeitslosen auf Augenhöhe begegnet wird.
+ in dem auch Selbstständige sozial gesichert sind.
+ in dem auch sehr reiche Menschen fair zur Finanzierung unserer Schulen, Straßen und Krankenhäuser beitragen.
+ das sich für globale Gerechtigkeit einsetzt: für fairen Handel, mehr Entwicklungshilfe und Investitionen in Europa.



Negative Bilder / Visionen

- Schulen, in denen der Putz von der Decke fällt.
- Pflegerinnen und Pfleger, die sich den Rücken krumm arbeiten für viel zu wenig Geld.
- Familien, bei denen das Geld hinten und vorne nicht reicht.
- Alleinerziehende, die allein gelassen werden.
- Finanzmärkte, die durch spekulative Blasen und Finanzkrisen unseren Wohlstand vernichten.
- Finanzjongleure, die Millionen machen, Manager, die das Hundertfache ihrer Angestellten verdienen.
- Superreiche und Großkonzerne, die Steuern hinterziehen, statt unsere Schulen mitzufinanzieren
- Renten, die nicht zum Leben reichen.
- Wenn die Rente nicht reicht, um den Enkelkindern auch mal eine Freude zu machen.
- Arbeitslose, die schikaniert werden.
- Abstiegsängste, die Gift für den sozialen Zusammenhalt sind.
- Ein Land, das auseinanderdriftet, statt zusammenzuhalten.
- Überlastung, Stress und Zeitnot führen zum Raubbau an der eigenen Gesundheit.

Wir finden uns nicht damit ab,

- dass bei vielen Kindern schon mit der Geburt der Lebensweg vorbestimmt ist.
- dass es Arbeit gibt, die krank macht.
- dass es immer noch zu viel Ausbeutung und Niedriglöhne gibt.
- wenn junge Menschen sich jahrelang von einem befristeten Job zum nächsten hangeln müssen.
- wenn horrende Mieten Menschen mit weniger Geld aus den Innenstädten vertreiben.
- dass manche Großkonzerne nur ihren Profit im Blick haben.
- dass es Steuerbetrug in Milliardenhöhe gibt und immer noch viele Steuerverstecke, die das möglich machen.
- wenn Großbanken, die auf dem Rücken der Gesellschaft Milliarden verdienen, im Krisenfall mit unserem Steuergeld gerettet werden müssen.
- dass es bei uns eine Zwei-Klassen-Medizin gibt.
- dass sich unsere Gesellschaft in Arm und Reich, Oben und Unten, Drinnen und Draußen spaltet.

Was wollen wir konkret machen?

+ Mehr Investitionen in Kitas, Schulen und Hochschulen (bundesweites Förderprogramm für Schulsanierung, Mindestbetreuungsschlüssel in Kitas anheben, BaFöG erhöhen).
+ Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern (ein neues Lohngleichheitsgesetz).
+ Kinder und Familien fördern (durch ein Familienbudget von zusätzlich 12 Milliarden € pro Jahr).
+ Das Rentenniveau stabil halten, Beamtinnen und Beamte und Selbständige in die Rentenversicherung einbeziehen.
+ Eine Reform der Krankenversicherung hin zur Bürgerversicherung ohne Zwei-Klassen-Medizin.
+ Kampf gegen Steuersümpfe und Steuerdumpingländer mit viel strengeren Regeln und Kontrollen.
+ Ein faires Steuersystem, bei dem Superreiche und multinationale Unternehmen ihren Beitrag für unser Gemeinwesen leisten.
+ Stoppsignal für völlig überzogene Managergehälter über Steuerrecht und Vermögenssteuer für Superreiche.
+ Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern über ein Recht auf „PflegeZeitPlus“.

Im kritischen Dialog:

Ihr **GRÜNEN** vertretet doch nur die Interessen des gut verdienenden Bürgertums. Soziale Gerechtigkeit ist Euch egal!

Das Gegenteil ist der Fall: Wir machen Politik für alle Bevölkerungsschichten. Unser Familienbudget kommt zum Beispiel vor allem Kindern aus armen Familien zugute. Mit der Bürgerversicherung wollen wir unseren Sozialstaat so reformieren, dass wir endlich alle gemeinsam füreinander einstehen. Wir kümmern uns um bezahlbaren Wohnraum in den Städten, um vernünftige Bezahlung für Pflegerinnen und Erzieher. Übrigens: Die weit überwiegende Mehrheit der **GRÜNEN** Wählerinnen und Wähler ist keineswegs „besserverdienend" oder „wohlhabend", sondern liegt im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Mit Euch **GRÜNEN** wird es teuer.

Überhaupt nicht: Mit der Bürgerversicherung machen wir unsere sozialen Sicherungssysteme fit für die Zukunft. Das verhindert, dass gerade Gering- und Normalverdienerinnen und Normalverdiener immer mehr für ihre soziale Absicherung bezahlen müssen.

Wir wollen gezielt Familien und Alleinerziehende um 12 Milliarden Euro pro Jahr entlasten, statt wie Union und FDP die Steuern für die Gutverdienerinnen und Gutverdiener zu senken.

Nur den Superreichen, Großkonzernen und denjenigen, die bisher nicht an der solidarischen Absicherung der Lebensrisiken beteiligt waren, verlangen wir einen höheren Beitrag ab.

GRÜNE kümmern sich lieber um die Umwelt als um die Menschen.

Nur, wer sich um die Umwelt kümmert, kümmert sich auch um die Menschen. Unserem Planeten ist es egal, ob die Temperatur durch die Klimakrise ansteigt. Betroffen sind wir selbst, die Menschen. Durch Dürren und Überschwemmungen, durch den steigenden Meeresspiegel. Und am härtesten trifft das ausgerechnet die, die ohnehin am wenigsten haben. Kleinbauern in Afrika, Fischerinnen in Bangladesch. Auch in unseren Gegenden leiden Menschen in sozial benachteiligten Wohngebieten am meisten unter Luftverschmutzung und Straßenlärm.

Problematische Begriffe und Alternativen

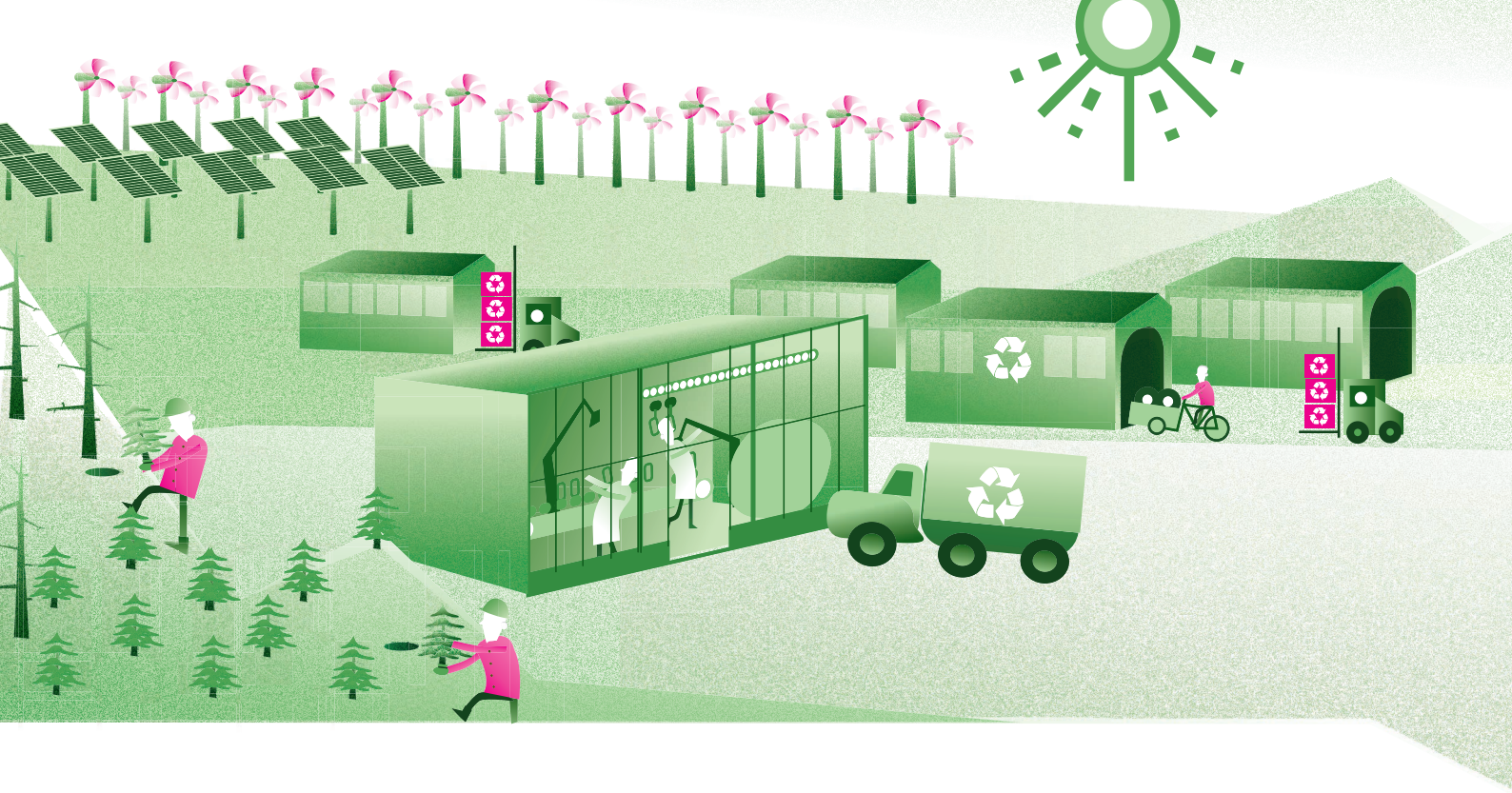
⊖ Begriffe	? Wo liegt das Problem?	⊕ Mögliche Alternativen
„Die Bürgerinnen und Bürger“ versus „Der Staat“	Die Entgegensetzung ist falsch, behandelt Sozialstaat als etwas den Leuten Fremdes, von außen aufgezwungenes, den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Einschränkendes.	· unsere Sicherungssysteme · unser Gemeinwesen · die demokratische Gesellschaft · unser Sozialstaat
Teilhabe Teilhabegerechtigkeit inklusive Gesellschaft etc.	Soziologische Vokabeln, die in der Alltagssprache nicht gängig sind und daher von vielen nicht oder falsch verstanden werden.	· gute Schulen, Kitas, Bildung für alle · jede und jeder soll die gleichen Chancen haben · wir wollen keine und keinen zurücklassen · Zusammenhalt
Steuerbelastung Steuerlast Ent-/ Belastung	Suggeriert, Steuern seien als „Last“ per se etwas schlechtes, dabei sind sie unser gemeinsamer Beitrag für ein zivilisiertes Zusammenleben. Suggeriert, der Staat sei parasitär, statt ermöglichende, demokratische Infrastruktur.	· fairer Beitrag für das Gemeinwesen · Steuerverantwortung · gemeinsam ermöglichen und finanzieren wir Schulen, Straßen, Sicherheit, Rechtssystem
Steueroase Steuerflucht	„Steueroase“ erweckt das Bild, dass dort, wo man keine Steuern zahlt, das Leben blüht. „Steuerflucht“ beschreibt Steuern als etwas, vor dem man legitim flieht.	· Steuersümpfe · Steuerhinterziehung · Steuerbetrug · Steuertricks
Umverteilung	Zeichnet soziale Gerechtigkeit als Nullsummenspiel, auf der einen Seite nimmt man etwas weg, das man der anderen Seite gibt. Reduziert alles aufs Geld, während die Rolle eines guten Gemeinwesens auf der Strecke bleibt.	· Reichtum teilen · wer sehr viel hat, trägt auch eine hohe Verantwortung / muss einen fairen Beitrag leisten · Eigentum verpflichtet

Wirtschaft

Ökologie und Ökonomie – geht das zusammen? Na klar! Nicht umsonst beginnen beide Begriffe mit „Öko". Das kommt vom griechischen „oikos", das Haus. Wie können wir mit Ressourcen so verantwortungsvoll haushalten, dass wir auch morgen noch gut leben können? Und wie können wir das Ganze gut kommunizieren? Darum geht es in diesem Kapitel.

Kernbotschaft

Wir wollen grüner wirtschaften für eine lebenswerte Zukunft. Das ist nötig, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und es bringt Jobs, Wohlstand und wirtschaftliche Chancen für die Zukunft. Die **GRÜNEN** sind die treibende Kraft für die ökologische Modernisierung.



So können wir GRÜNE über die soziale und ökologische Modernisierung der Wirtschaft sprechen:

Wir wollen:

+ eine bessere Lebensqualität für alle.
+ unser Klima und unsere Natur schützen statt wertvolle Ressourcen zu verschwenden.
+ eine faire Marktwirtschaft statt einer Macht-Wirtschaft, bei der nur Wenige ihren Einfluss gelten machen können und damit gewinnen, ohne sich einem fairen Wettbewerb zu stellen. Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, in der alle die Chance haben, mit der eigenen Leistung zu Wohlstand zu kommen, niemand von sozialer Not bedroht ist und niemand ausgebeutet wird – nirgendwo auf der Welt.
+ eine innovative Wirtschaft, in der Unternehmen mit Kreativität und Ideenreichtum unser aller Leben einfacher und besser machen und in der sich die beste Idee, nicht die stärkste Lobby, durchsetzt.
+ mehr Mitbestimmung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Wirtschaftsdemokratie stärken.
+ dass der Wohlstand einer Gesellschaft an der Lebensqualität der Menschen gemessen wird und nicht mehr am Bruttoinlandsprodukt. Nur so können wir uns Schritt für Schritt vom Wachstumszwang lösen.
+ eine Kreislaufwirtschaft, in der Rohstoffe immer wieder neu verarbeitet werden und nicht auf der Mülldeponie landen.

+ eine Wirtschaft, die zu 100% durch Wind, Sonne, Wasser und Biogas angetrieben wird.

+ eine Wirtschaft, in der sich kein Unternehmen durch schmutzige oder ausbeuterische Produktion einen Vorteil erschleichen kann, da ökologische und soziale Standards den fairen Wettbewerb regeln.

+ eine Wirtschaft, in der Plastikmüll nicht mehr im Meer landet.

+ digitale Technologien, die unserer Wirtschaft helfen, Ressourcen zu sparen – und die wegen hoher Datenschutz-Standards großes Vertrauen genießen.

+ eine Wirtschaft, in der niemand unter die Räder kommt, weil alle zusammen genügend für alle erwirtschaften.

+ einen europäischen Green New Deal statt einer Kaputtspar-Politik, die nicht in die Zukunft schaut.

+ Unternehmen, Gründerinnen und Gründer, Forschung und NGO fördern, die im Interesse eines nachhaltigen Wohlstands wirtschaften wollen. Steuerliche Forschungsförderung, Anschubfinanzierungen, Unterstützung für **GRÜNE** Gründerinnen und Gründer, etc. Wir wollen eine **GRÜNE** Gründerzeit.

+ die Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftssystems ändern. Durch Leitplanken für einen fairen Wettbewerb und besseren Verbraucherschutz. So können wir auch private Investitionen in den wichtigen Bereichen wie Bildung, Klimaschutz und Ökologie fördern.

Wir wollen raus aus der heutigen Wirtschaftsweise, die:

- unsere natürlichen Lebensgrundlagen erschöpft und zerstört, die Atmosphäre aufheizt und das Sterben tausender Arten verursacht.
- dazu führt, dass unsere Ozeane übersäuern und vermüllen. Die wertvolle Ressourcen verschwendet, unsere Böden zerstört und unser Trinkwasser verschmutzt. Die Belastungsgrenzen des Planeten sind erreicht, die Lebensgrundlagen des Menschen sind in Gefahr. Wir sägen damit an dem Ast, auf dem wir alle sitzen.
- immer wieder zu schweren Finanzkrisen führt. In diesen Krisen werden ungeheure Werte vernichtet und es werden Unternehmen, Menschen und Staaten in den Ruin getrieben. Weltweit werden Gewinne auf dem Rücken der Schwächsten erwirtschaftet und Verbraucherinnen und Verbraucher übervorteilt. Der globale Reichtum ist extrem ungleich verteilt. Die europäische Wirtschaft steckt noch immer tief in der Krise. Die falsche Wirtschaftspolitik hat Massenarbeitslosigkeit und soziale Verwerfungen hinterlassen, ohne die Probleme nachhaltig zu lösen.
- die Fluchtursachen von morgen schafft. Kein Mensch sollte aufgrund unserer zerstörerischen Wirtschaftsweise gezwungen sein, seine Heimat zu verlassen. Einerseits werden viele Konflikte durch die menschengemachte Klimakrise, den weltweiten Ressourcenhunger und die Verknappung von sauberem Wasser und fruchtbarem Boden losgetreten. Andererseits werden die Konflikte durch Waffenexporte verschärft.
- ermöglicht, dass Wenige unglaubliche Profite anhäufen – auf Kosten der Umwelt, von Menschen, die ausgebeutet werden und unserer öffentlichen Infrastruktur.
- ökonomisch nicht nachhaltig ist, denn ökologische Schäden sind ökonomische Schäden. Stürme, Hagel und Überschwemmungen haben nach Angaben deutscher Versicherungen allein 2016 rund 2,3 Milliarden Euro gekostet, Folgekosten der Klimakrise. Das ist nicht nachhaltig und es ist nicht wirtschaftlich.

Im kritischen Dialog:

Gefährdet **GRÜNE** Wirtschaftspolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen?

Nein. **GRÜNE** Wirtschaftspolitik arbeitet mit ehrgeizigen Grenzwerten und Produktstandards, die in realistischen Zeiträumen erreicht werden können. Sie mutet den Unternehmen etwas zu, schafft im Gegenzug Planungssicherheit und gibt Anreize zu Investitionen. Sie können sich so auf die Zukunft einstellen. Konkret: Weg vom von Benzin und Diesel und hin zum abgasfreien Elektroauto in der Autoindustrie. Weg vom Öl und hin zu nachwachsenden Rohstoffen in der Chemieindustrie. Die Bauwirtschaft kann mit Holzbau, ökologischen Dämmstoffen, Textil- oder Recyclingbeton Rohstoff und Energie einsparen. Neue Fertigungsmethoden oder modulares und serielles Bauen können Planungs- und Bauprozesse beschleunigen und Ressourcen schonen. Solche Innovationen beschreiben den Pfad der ökologischen Modernisierung und sichern langfristig den Industriestandort Deutschland.

Gefährdet **GRÜNE** Wirtschaftspolitik Arbeitsplätze?

Nein. Im Gegenteil: Die **GRÜNE** Wirtschaft schafft wirtschaftliche Dynamik und neue Arbeitsplätze: Jede Milliarde Euro, die investiert wird, um Gebäude zu sanieren, löst zudem 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Baugewerbe, Handwerk und Industrie aus. Eine Studie von PriceWaterhouseCooper rechnet vor, dass Klimaschutzmaßnahmen Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft deutlich stärker entlasten, als die entstehenden Kosten sind. Sowohl private Haushalte als auch die Industrie profitieren. Bis 2020 können 430.000 neue Jobs entstehen. Mit **GRÜNER** Politik schreibt man schon jetzt schwarze Zahlen!

Kümmern sich die **GRÜNEN** um die sozialen Folgen ökologischer Politik?

Die ökologische Modernisierung wird nur gelingen, wenn es gerecht zugeht. Wir setzen auf gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und tariflichen Schutz, denn so entsteht Akzeptanz bei den Beschäftigten und in der Bevölkerung. Bei diesem Modernisierungsprozess zeigen wir Alternativen für diejenigen auf, deren bisherigen Arbeitsplätze bedroht sind oder gar wegfallen. Insbesondere gering qualifizierte Menschen müssen durch zukunftsfähige Aus- und Weiterbildungsangebote den Weg in die Arbeitswelt finden. Gleichzeitig setzen wir uns für zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme, eine armutsfeste Grundsicherung, eine gerechte Verteilung von Teilhabechancen, Einkommen und Vermögen und eine strikte Regulierung der Finanzmärkte ein. Wir sorgen für fairen Wettbewerb und stellen uns gegen eine ungerechte Machtwirtschaft.

Problematische Begriffe und Alternativen

⊖ Begriffe	? Wo liegt das Problem?	⊕ Mögliche Alternativen
Transformation, Ökologische Transformation	Ein wenig geläufiger, in der Tonlage abgehobener Begriff. Wird in der breiten Öffentlichkeit nicht gut verstanden.	· für die Breitenkommunikation eher: ökologische Modernisierung
Umbau, Ökologischer Umbau	Ein wenig geläufiger, in der Tonlage abgehobener Begriff. Wird in der breiten Öffentlichkeit nicht gut verstanden.	· ökologische Modernisierung
Wohlstand	Als allein stehender Begriff ist „Wohlstand“ stark materiell konnotiert. Nicht ohne qualifizierendes Adjektiv verwenden.	· nachhaltiger Wohlstand · Lebensqualität
Wir reden mit der Wirtschaft. Verbandsvertreterinnen und Verbandsvertreter oder Vorstände als „Die Wirtschaft“	„Die Wirtschaft“ ist viel mehr als die Standpunkte der Interessensvertreterinnen und Interessensvertreter und Vorstände. Suggeriert, alle Unternehmen und alle Unternehmerinnen und Unternehmer hätten die gleichen Interessen.	· wir reden auch mit Unternehmerinnen und Unternehmern und ihren Verbänden. Wir Politiker müssen aber die gesamte Wirtschaft mit all ihren Auswirkungen im Blick haben · wir reden mit vielen Gesprächspartnerinnen aus ganz verschiedenen Unternehmen, mit Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften

Begriffe	Wo liegt das Problem?	Mögliche Alternativen
Wachstum	Der Begriff zwingt uns in ein Ja oder Nein zum „Wachstum“, was beides kommunikativ schwierig ist.	· wir wollen **GRÜNER** wirtschaften · für eine bessere Lebensqualität statt für blindes Wachstum · wir sehen den Zwang zu immer mehr blindem, materiellen Wachstum kritisch
Wir sind für die kleinen und mittleren Unternehmen und gegen die großen, gegen die multinationalen Konzerne	Diese Entgegensetzung ist im **GRÜNEN** Sprachgebrauch sehr eingeschliffen. Sie lässt sich aber inhaltlich nicht halten.	· **GRÜNE**, innovative, kreative Branchen und Unternehmen versus schwerfällige, umweltschädliche Verteidiger des Status Quo · mit konkreten Fällen und konkreten Verfehlungen arbeiten, etwa an Beispielen wie Monsanto, Vattenfall, Deutsche Bank, Facebook, Hedgefonds, Google, RWE, Wiesenhof o.ä. · am Beispiel auch mit Bildern und Begriffen arbeiten wie „alte fossile Dinosaurier“, „riesige Datenkraken im Netz“, „Massentierhaltung“, „multinationale Steuerhinterzieher“, „Konzerne bremsen Demokratie aus“

Europa

Wir **GRÜNE** sind als pro-europäische Partei oft in der Rolle, die EU zu verteidigen. Dabei werden wir stellvertretend für die Politik Anderer in Haftung genommen. **GRÜNE** Antworten müssen die Balance halten: Wir distanzieren uns von der falschen Politik Anderer, bekennen uns aber zugleich ohne wenn und aber zur EU als solcher. Wir sollten allgemeine Angriffe auf „die EU“ auflösen und konkret übersetzen: Welche Politik kritisieren wir, welche konkreten Akteure, welche Gegnerinnen?

Kernbotschaft

Die Europäische Union ist eine historische Errungenschaft. Sie bedeutet: Zusammenarbeit statt Nationalismus, nie wieder Krieg. Für eine gute Zukunft brauchen wir die Europäische Union umso mehr. Denn nur zusammen können wir unsere Lebensgrundlagen schützen, Globalisierung gestalten, eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen und Frieden sichern. Damit sie das noch besser leisten kann, wollen wir die Europäische Union sozialer, umweltbewusster und demokratischer machen.

So können wir über GRÜNE Europapolitik sprechen:

+ Die Europäische Union ist ein Garant für den Frieden, sie überwindet trennende Grenzen und Nationalismus.

+ Die Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Die Werte der Europäischen Grundrechtecharta sind auch unsere Werte.

+ Für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im globalen Zeitalter.

+ Globalisierung bringt einen weltweiten Austausch von Ideen, Waren, Wissen und Wohlstand. Sie birgt auch Gefahren, wenn wir sie nicht international regulieren. Europa kann und muss daher die demokratische Antwort auf die Globalisierung sein.

+ Die EU kann Vorreiter für umwelt- und klimafreundliches Wirtschaften sein, ein Modell für demokratische, soziale und ökologische Politik im globalisierten Zeitalter. Für solch ein Europa kämpfen wir **GRÜNE**.

+ Damit die EU-Politik handlungsfähig bleibt, muss sie demokratischer und transparenter werden.

+ Es gibt keine nationalen Lösungen für grenzüberschreitende Probleme. Ob Klimakrise,Terrorismus, Migration, Digitalisierung, Sicherheit oder Steuerbetrug, für ganz unterschiedliche Herausforderungen gilt: Allein kann das kein Staat mehr bewältigen. Aber gemeinsam können wir das.

Wir wollen:

+ die Errungenschaften der EU erhalten.
+ dass die Politik in der Europäischen Union nachhaltiger, demokratischer, solidarischer, gerechter und verantwortungsvoller gegenüber der Welt wird.
+ eine Europäische Union, in der jede Ebene - Kommune, Region, Staat, EU - das macht besten kann.
+ die Interessen auch kleinerer EU-Mitgliedstaaten anerkennen – wir setzen auf das Miteinander auf Augenhöhe statt die Dominanz großer Mitgliedstaaten.
+ eine Politik, die die europäische Solidarität zum Kompass macht und nicht allein nationalstaatliches Interesse.
+ das Europäische Parlament stärken, auch durch stärkere Zusammenarbeit mit nationalen und regionalen Parlamenten.

Was wir gemeinsam in Europa erreichen können:

+ Zusammen überwinden wir die Klimakrise:

Sonne in Griechenland, Wind in Dänemark… die Natur bietet Energie im Überfluss. Um die Klimaerhitzung zu stoppen, wollen wir europaweit aus den alten Schmutzenergien aussteigen und eine **GRÜNERE** Wirtschaft schaffen. Eine starke Klimaschutz- und Energieunion mit ehrgeizigen Zielen, die Treibhaugase mindert und Energien spart. Raus aus der Atomkraft, Schluss mit den Schrott-AKW an unseren Grenzen! Strahlung kennt keine Grenzen (Tschernobyl). Eine Industrie, die Ressourcen schont und die Job-Maschine mit Millionen neuer Arbeitsplätze ist.

+ Zusammen schaffen wir eine ökologische und soziale Modernisierung der Wirtschaft – Ein Green New Deal für Europa:

Die Europäische Union kann helfen, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme vieler Staaten und Regionen zu überwinden. Wir brauchen Strukturreformen, einen Pakt für nachhaltige Investitionen. Gezielte Investitionen in eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen durch einen neuen Zukunftsfonds im EU-Haushalt, an dem sich alle EU-Staaten beteiligen sollen und nicht nur die Staaten der Eurozone. Europäischer Steuerpakt gegen Steuerbetrügerinnen und Steuerbetrüger und Steuerdumping, dazu eine Steuer auf Finanzgeschäfte. Mehr Ausbildungsplätze und Jobs für die junge Generation. Hohe soziale und ökologische Standards, die europaweit verbindlich sind.

+ Zusammen helfen wir Flüchtlingen:

Für viele Menschen auf der Flucht ist Europa ein Sehnsuchtsort des Friedens und der Menschenrechte. Die EU-Länder können sich bis heute nicht auf ihre solidarische Aufnahme einigen, während täglich Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken! Eine faire Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union. Sichere Fluchtwege nach Europa und eine wirksame Seenotrettung. Fluchtursachen in Herkunftsstaaten bekämpfen durch Entwicklungs-Zusammenarbeit, fairen Handel und Klimaschutz, **GRÜNE** Agrar- und aktive Friedenspolitik.

+ Zusammen schaffen wir Sicherheit und stärken Freiheit:

In Zeiten des Terrors brauchen wir mehr Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten in der Sicherheitspolitik und keinen anlasslos agierenden Überwachungsapparat oder lückenlose Datenansammlungen. Mehr Zusammenarbeit und Austausch nationaler Polizei- und Sicherheitsbehörden sowie Geheimdienste über Grenzen hinweg. Mehr Geld und Personal für polizeiliche Ermittlungsarbeit.

Im kritischen Dialog:

Der Euro hat die Völker gegeneinander aufgehetzt. Die gemeinsame Währung höhlt die Demokratie aus, schwächt ärmere Staaten noch weiter und erzeugt in den reicheren eine unsolidarische, chauvinistische Stimmung.

Bevor es den Euro gab, waren Währungen enormen Schwankungen unterworfen. Das hat sich auf starke wie schwächere Währungen negativ ausgewirkt und Investitionen gehemmt. Mit dem Euro fallen die Kursrisiken weg. Alle können überall mit derselben Währung einkaufen und Preise über die Grenzen hinweg vergleichen, was Verbraucherinnen und Konsumenten stärkt. Aber: Die Eurozone hat Schwächen. Daher brauchen wir eine gemeinsame europäische Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die solche Entwicklungen abfedert und den Regionen mit Investitionen hilft.

All die hehren Werte, schön und gut, aber das geht doch alles auch ohne „Brüssel“!

Nein, durch die Europäische Union werden alle Staaten immer wieder daran erinnert, dass sie nicht alleine sind und gemeinsam mehr erreichen können. Grenzüberschreitende Probleme brauchen grenzüberschreitende Lösungen. Die Verflechtung von Interessen stärkt den Frieden. Und die EU hat diese Werte in vielen Staaten erst effektiv verankert.

Europäische Eliten haben keine Verbindung zum einfachen Volk. Sie regieren gegen die Menschen.

Auch wir sagen, dass die EU demokratischer werden soll. Doch das sogenannte „Volk“ ist nicht einheitlich und hat ganz unterschiedliche Meinungen und Interessen. Das gilt im nationalen Maßstab genauso wie im europäischen. Wem politische Entscheidungen nicht passen, der muss für seine Ansicht demokratisch streiten. In der Region, im Nationalstaat, in Europa.

Die EU öffnet die Grenzen für EU-Ausländerinnen - und Ausländer, die Einheimischen Jobs wegnehmen, billiger arbeiten und die in die Sozialsysteme einwandern.

Dass wir überall in der Europäischen Union arbeiten dürfen, nützt allen. Es ist untrennbar mit dem gemeinsamen Binnenmarkt verbunden. Gegen Lohndumping helfen Gesetze wie der Mindestlohn, den die Rechten gerade bekämpfen. Manche Branchen könnten ohne Einwanderung gar nicht bestehen. Ein Beispiel dafür ist die Pflege in Deutschland.

Die EU ist das Projekt einer arroganten Wirtschaftselite, einer neoliberalen Geldoligarchie. Von ihr kommen nur Angriffe auf Arbeitnehmerrechte.

Die Europäische Union hat Gleichstellung, Verbraucher- und Umweltschutz und vieles mehr vorangebracht. Sie ist heute unsere beste, vielleicht sogar einzige Chance, die Märkte demokratisch zu regeln. Nur mit der EU können alle europäischen Bürgerinnen und Bürger gegen Steuerdiebe, gegen multinationale Konzerne oder Lohndrücker vorgehen. Wir sollten FÜR eine bessere europäische Politik kämpfen und nicht GEGEN die EU.

Problematische Begriffe und Alternativen

⊖ Begriffe	? Wo liegt das Problem?	⊕ Mögliche Alternativen
Die EU ist handlungsunfähig	Mag gelegentlich stimmen, befördert aber insgesamt das Bild eines überflüssigen Kolosses, der mehr Probleme schafft als löst.	· konkrete Schuldige benennen · die Auto-Lobbyisten, Ungarn, die Bundesregierung, die EVP-Fraktion o.ä. · blockiert
Die EU muss sich endlich den Menschen zuwenden, näher an die Menschen heranrücken, ist ein Elitenprojekt	Inhaltsleere Pauschalaussage, die mit einer Oben / Unten-Herrschaftsschablone arbeitet, bei der die EU nicht auf der richtigen Seite stehen kann.	· die EU muss Schutzmacht der Umwelt / der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden, durch Richtlinie / Maßnahme XYZ. · Konservative blockieren das.
„Brüssel“	Chiffre für den (bürger-)fernen, bürokratischen Moloch. Lässt eigentliche Akteure offen.	· der Rat (die nationalen Regierungen) · die Kommission · das Europäische Parlament
Wir brauchen eine neue Europa Erzählung!; …einen neuen Geist; …eine neue Vision etc.	Wer keine hat, soll keine fordern: Solche Meta-Appelle erzeugen kurz Applaus, dann fällt die Lücke auf. Das arbeitet für die Kritikerinnen und Kritiker, befördert den Geist der Resignation und fällt auf den Sprechenden zurück	· siehe Seite 53, unter „Was wir wollen“

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN